

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Sopadiens

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 21. Januar 1931

Die Minderheitendebatte.

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

SPD. Dem deutschen Aussenminister muss die Anerkennung gezollt werden, dass er vor dem Völkerbundsrat ein beredter Anwalt der Interessen der deutschen Minderheiten in Polen gewesen ist. Er hat aufs wirksamste in der mündlichen Aussprache die in den Eingaben der Deutschen Regierung und des Deutschen Volksbundes niedergelegten Beschwerden ergänzt und beleuchtet, und er hat mit aller gebotenen Schärfe vor der Weltöffentlichkeit die unerhörten Terrorakte an den Pranger gestellt, die unter den Augen der polnischen Behörden, wenn nicht gar mit ihrer zum mindesten stillschweigenden Billigung gegen die Deutschen verübt worden sind. Man sollte annehmen, dass selbst die Nationalsozialisten gegen die Rede des Herrn Curtius keine Einwendungen zu erheben vermöchten.

Der polnische Minister Zaleski hatte gegenüber diesen wuchtigen Anklagen einen schweren Stand, und wenn wir uns nach den bisher vorliegenden Berichten ein Urteil bilden dürfen, so war er sich dieser Tatsache selber bewusst. Auf manches, was von deutscher Seite vorgebracht wurde, ging er nicht ein, anderes suchte er zu bagatellisieren, und im grossen und ganzen brachte er weniger Gegenbeweise als Ausflüchte vor. Zwei Punkte aus seiner Darlegung verdienen dabei besonderer Hervorhebung. Der eine ist der Hinweis auf den Charakter der letzten polnischen Wahlen, bei denen ganz allgemein ein scharfer Kampf gegen die Gegner einer Verfassungsrevision, d.h. gegen die Gegner Pilsudskis geführt worden sei, der andere das Bemühen, die Empörung des polnischen Volkes gegen die deutschsprachigen Mitbürger auf die Revisionskampagne in Deutschland zurückzuführen.

Zaleski hat recht: Im Namen der Verfassungsrevision oder besser gesagt im Namen einer verbrecherischen Diktatur sind in Polen die schlimmsten Schandtaten gegen alle Andersdenkenden verübt worden. Recht wurde gebeugt und gebrochen, die Herrschaft einer brutalen Gewalt wurde aufgerichtet, und man braucht nur das Wort Brest-Litowsk auszusprechen, um das System, das in der Tat nicht nur wider die Deutschen angewendet wurde, zu charakterisieren.

Soweit die Polen unter ihm zu leiden hatten, kann man sich auf den Standpunkt stellen, dass es sich hier um eine innerpolnische Angelegenheit handelt und sich auf die Frage beschränken, ob sich nicht Machthaber, die solche Methoden anwenden, der Verachtung der ganzen zivilisierten Welt preisgeben. Aber was die Minderheiten angeht, so liegen die Dinge doch etwas anders. Die polnische Regierung hat in dem Minderheitenschutzvertrag, den die Alliierten im Juni 1919 mit ihr abgeschlossen haben, die feierliche Verpflichtung übernommen, allen Einwohnern ohne Unterschied der Geburt, der Staatsangehörigkeit, der Sprache, des Volkstums und der Religion den umfassendsten Schutz ihres Lebens und ihrer Freiheit zu gewähren, und ausserdem besagt der Art. 76 des deutsch-polnischen Oberschlesienabkommens vom Mai 1922, dass Staatsangehörige,

die einer Minderheit angehören, bei der Ausübung ihres Stimmrechts zu allen Körperschaften nicht benachteiligt werden dürfen. Von diesen Verpflichtungen kann sich keine polnische Regierung mit der Ausrede befreien, dass die Deutschen eben nicht anders behandelt worden seien als die andern bei der herrschenden Clique unbeliebten Staatsbürger.

Was dann die deutsche Revisionskampagne angeht, das heisst den Wunsch, die bestehenden deutsch-polnischen Grenzen zu verändern, so musste man von Anfang an erwarten, dass der polnische Aussenminister diese Bestrebungen zu seiner Landsleute Rechtfertigung ins Treffen führen werde und es war klar, dass ihm besonders die Husarenritte des Herrn Treviranus einen sehr willkommenen Vorwand bieten würden. Wir haben die unangebrachten und verantwortungslosen Reden des Ministers Treviranus damals, als sie gehalten wurde, mit allem Nachdruck verurteilt und auf den Schaden hingewiesen, den sie anrichten würden. Es ist selbstverständlich, dass wir ebenso energisch die nationalsozialistischen Deklamationen zurückweisen. Wir halten es auch für falsch, dass jetzt wieder von den deutschen Nationalisten die Forderung nach einer Grenzänderung in engen Zusammenhang mit der Verteidigung der Rechte der deutschen Minderheiten gebracht wird, aber alle diese Forderungen und Ausschreitungen können in keiner Weise den Terror gegen die Deutschen entschuldigen. Die Verträge bestehen, und die polnische Regierung hat die Pflicht, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln ihre Aufrechterhaltung zu gewährleisten.

Der polnische Vertreter in Genf hat ja schliesslich auch einen gewissen Rückzug angetreten und Wiedergutmachungen in Aussicht gestellt. Aber seine Versprechungen sind reichlich unklar, und es ist dringend erforderlich, dass der Völkerbundsrat sich nicht mit vagen Zusagen begnügt sondern deutliche Forderungen formuliert. Freilich wird es ausserhalb seiner Möglichkeiten liegen, dem Wunsche des deutschen Aussenministers entsprechend Vorsorge zu treffen, "dass ähnliche Vorkommnisse sich in Zukunft nicht wiederholen." Die Erfüllung dieses an sich natürlich sehr berechtigten Verlangens wird im wesentlichen von dem guten Willen der polnischen Behörden und daneben auch von der weiteren Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen abhängen. R.B.

SPD. Rom, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

In der für Deutschland wichtigen Frage des Schutzes der deutschen Minderheiten in Polen, rindet die viel beachtete Genfer Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Italien augenscheinlich keinerlei Bestätigung. So berichtet zwar der Chefredakteur des "Giornale d'Italia" aus Genf spaltenlang über die Genfer Debatte am Mittwoch, aber schon rein äusserlich ist den polnischen Argumenten Zaleskis fast der doppelte Raum eingeräumt wie der deutschen Anklage. Die Rede Curtius' wird als "ungehobelte und heftige Anklage", die von Zaleski dagegen eine "glatte und energische Verteidigung" bezeichnet.

Die eifrige polnische Propaganda in Italien hat also offenbar ihre Wirkung getan. Dass Curtius das Problem der Rechte der nationalen Minderheiten auch allgemein aufgeworfen und den Schutz des Völkerbundes verlangt hat, berührt in Italien wegen der Minderheiten in Südtirol besonders stark. Deshalb neigt die Sympathie ganz offensichtlich den Erklärungen der Polen zu. Mit einer Unterstützung durch Italien in dieser Frage scheint, auch wenn sie erstrebt würde, auf keinen Fall zu rechnen zu sein.

SPD. Der Haushaltsausschuss des Reichstags beschäftigte sich am Mittwoch mit einer Subventionsvorlage der Regierung für die Mansfeld A.G. für Bergbau und Hüttenbetriebe. Die Regierung hat sich vorbehalten, in einem binnen kurzem vorzulegenden Ergänzungshaushalt für 1931 die Genehmigung für diese Subvention nachzusuchen, wollte aber vom Haushaltsausschuss schon vorher eine Stellungnahme zu dieser Frage erbitten.

Würde die Subvention nicht gewährt, so müsste es zu einer endgültigen Stilllegung des Mansfelder Kupferbergbaus kommen und eine solche Stilllegung würde zur Verelendung eines grossen Gebietes des Mansfelder Landes führen. Es würden 12 000 Arbeiter und Angestellte, die in der Stadt Eisleben und in 43 Ortschaften des Mansfelder Gebirgskreises wohnen, arbeitslos werden, sodass dadurch mit den Familien der Arbeiter und Angestellten weit über 30 % der Gesamtbevölkerung der in Frage kommenden Ortschaften in grösste Not geraten müssten. Eine Möglichkeit, der arbeitslos werdenden Belegschaft andere Arbeitsgelegenheit zu erschliessen, ist weder in der Stadt Eisleben noch in den anderen in Betracht kommenden Ortschaften gegeben. Die Gesellschaft ist in die grossen Schwierigkeiten geraten, weil seit dem Frühjahr 1929 der Kupferpreis und die Preise für die Nebenerzeugnisse, wie Silber, Blei, Zink usw. so ausserordentlich gefallen sind, dass sie trotz aller nur möglichen Versuche, sich ohne öffentliche Unterstützung nicht länger halten kann.

Die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung wollen nun je zur Hälfte der Mansfeld A.G. ab 1. Januar 1931 für die Dauer von zwei Jahren einen Jahreszuschuss von höchstens 5,6 Millionen und zum Zwecke der Betriebsverbesserung einen weiteren Jahreszuschuss von höchstens 1,6 Millionen gewähren. Die beiden Regierungen haben sich eine jederzeitige Prüfung der Betriebe durch technische Sachverständige, durch die deutsche Revisions- und Treuhand A.G., sowie durch den Rechnungshof des Deutschen Reiches und die Preussische Oberrechnungskammer vorbehalten. Sie sind auch berechtigt, so lange Ansprüche aus dem Vertrage bestehen, einen gemeinsamen Vertreter in den Aufsichtsrat der Gesellschaft zu entsenden.

In der Debatte wurde von allen Seiten die Notwendigkeit betont, im Interesse des grossen, notleidenden Bezirks mit öffentlichen Mitteln zu helfen. Auch die Sozialdemokratie trat durch die Abgeordneten Limbertz und Dr. Hertz für die Annahme der Regierungsvorlage ein, liess aber betonen, dass diese Stellungnahme nur aus sozialpolitischen Rücksichten und im Interesse der Zehntausende von betroffenen Arbeitern und Angestellten erfolge, ohne dass dadurch ihre grundsätzliche Gegnerschaft gegen Reichssubventionen an Privatunternehmungen berührt werde.

Die Tatsache, dass die Nationalsozialisten in einem Antrage die Annahme des Vertrages verlangten, gab den Kommunisten Gelegenheit, unter Zitierung von Artikeln aus nationalsozialistischen Zeitschriften Angriffe gegen die Nationalsozialisten zu richten, dass sie hier kapitalistische Unternehmungen stützten. Dabei hatten die Kommunisten selber einen Antrag eingebracht, in dem gefordert wurde, dass das Reich und Preussen einen Subventionsbetrag von 7 Millionen jährlich auf dem Wege über die in Frage kommenden Gemeinden für die Unterstützung der durch Lohn- und Gehaltsabbau betroffenen Arbeiter und Angestellten zur Verfügung stellen soll. Sie mussten sich von dem Abg. Dr. Hertz (Soz) auf die Inkonsequenz ihres Antrages aufmerksam machen lassen, da sie ja auch Subventionen verlangen, diese Subventionen zwar nicht an das Unternehmen selbst, aber an die Gemeinden geben wollen. Das würde jedoch dahin führen, dass das Werk erst stillgelegt werden muss, damit die Gemeinden Unterstützung zahlen können. Den Arbeitern wäre jedenfalls mit der Annahme dieses Antrages nicht gedient, denn bestenfalls reiche die Subvention nur zur Unterstützung der Hälfte der Arbeiter. Und was solle mit den anderen Arbeitern werden?

Am Schluss der Debatte verwies der Abg. Neubauer (Komm) auf einen Aufsatz in der sozialdemokratischen Zeitschrift "Klassenkampf", in dem gesagt wird, der sozialdemokratische Abg. Dr. Hertz, der Vertreter des Kreises Mans-

feld habe erst von untergeordneter Stelle für die Subventionierung gewonnen werden müssen, allerdings von einer Seite, die unkontrollierte, geheim gehaltene Verhandlungen mit dem Generaldirektor der Mansfeld A.G. geführt hatte.

Abg. Dr. Hertz (Soz) erwiderte Dr. Neubauer, dass die von ihm zitierte Äusserung des "Klassenkampf" so unklar sei, dass man ihren Sinn nicht erkennen könne. Um jedoch allen falschen Andeutungen von vornherein entgegenzuwirken, stelle er ausdrücklich fest, dass er wegen der Subvention an der Mansfeld A.G. nie mit einer anderen Stelle verhandelt habe als mit dem Vorsitzenden des Betriebsrates und dem Vorsitzenden des Bergarbeiter-Verbandes. Entsprechend seiner kritischen Einstellung zu Subventionen habe er sich auch in diesem Falle Zurückhaltung auferlegt.

In der Abstimmung wurde nach Ablehnung des kommunistischen und des nationalsozialistischen Antrages mit grosser Mehrheit ein Antrag angenommen, den in der Denkschrift des Reichswirtschaftsministers vom 16. Januar 1931 vorgesehenen Hilfsmassnahmen für die kupfererzeugenden Betriebe der Mansfeld A.G. zuzustimmen. Ferner wurde beschlossen, zur Förderung des Eisenbergbaues an der Sieg, Lahn und Dill einschliesslich Oberhessens einen Betrag von 570 000 Mark in den Etat einzustellen.

SPD. München, 21. Januar (Eig. DrahtB)

Das furchtbare Lawinenunglück an der Benedikten-Wand bei Bad Tölz hat sieben Angehörigen der Schutzpolizei München das Leben gekostet. Der achte liegt mit schweren Verletzungen im Krankenhaus der Talstation Lenggries.

Die Verunglückten wurden in den Morgenstunden des Mittwoch von den Rettungsmannschaften, die im Umfange von 180 Mann während der ganzen Nacht mit Scheinwerfern den Unglücksabhang absuchten, als Leichen geborgen. Der Tod ist bei allen durch Ersticken eingetreten, da die schweren, nassen Schneemassen sie in Höhe von drei Meter begraben hatten. Nach einer amtlichen Mitteilung des Schutzpolizeikommandos München waren die Beamten an einem alpinen Ski-Kursus beteiligt. Insgesamt werden 30 Prozent der bayerischen Landespolizeimannschaften im Ski-Lauf ausgebildet. Der mit der sportlichen Leitung des Kursus betraute Hauptwachtmeister Stapelhuber, einer der tüchtigsten Ski-Läufer der Landespolizei, befindet sich unter den Toten.

Der Hergang des Unglücks ist folgender: Nach der Mittagsrast in der Propsten-Alm war die Truppe in zwei Abteilungen zum Übungsbetrieb nach einer vom Rothersattel vorspringenden Querrippe (ca. 1500 Meter hoch gelegen) aufgebrochen. Diese Stelle wurde von der hochalpinerfahrenen Führung gerade deshalb gewählt, weil sie bisher stets auch bei lawinengefährlichem Wetter für sicher gehalten wurde. Als der Kursus in die Nähe der Verschneidung dieser Querrippe mit dem vom Sattel herziehenden Hang kam, muss sich dieser plötzlich gelöst und die erste Abteilung in die tiefe Mulden, in die der Hang gegen die Alm abläuft, mitgerissen habe. Wie sich das Unglück im einzelnen abspielte, lässt sich nicht sagen, da die Bewegung der Schneemassen ganz lautlos vor sich ging und von dem 300 Meter nachfolgenden zweiten Teil des Kurses nicht beobachtet wurde. Erst laute Hilferufe machten diesen aufmerksam. Durch die sofort in Angriff genommenen Rettungsarbeiten konnten zwei Leute noch lebend geborgen werden.

SPD. In Beantwortung einer nationalsozialistischen Kleinen Anfrage veröffentlicht der Preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung den Wortlaut einer Kundverfügung, die das Provinzialschulkollegium in Magdeburg kürzlich erlassen hat. Die Anordnung lautet folgendermassen:

"Jede staatsfeindliche Betätigung von Schülern ist verboten, sowohl linksradikaler wie rechtsradikaler Art. In jedem Falle einer staatsfeindlichen Be-

tätigung von Schülern (Zugehörigkeit zu staatsfeindlichen Organisationen, Teilnahme an ihren Veranstaltungen, staatsfeindliche Propaganda jeder Art) ist eine Untersuchung einzuleiten, über deren Ergebnis vor der beschlussfassung der Lehrerkonferenz uns ausführlich unter Beiführung der Vernehmungsprotokolle zu berichten ist. Steht eine unzulässige Beteiligung von Schülern verschiedener Anstalten in Frage, so ist vor der Einleitung der Untersuchung an uns zu berichten, damit durch entsprechende Anordnungen die gebotene Einheitlichkeit der Untersuchung und Entscheidung sichergestellt wird. Aus Gründen der Schulzucht ist es nicht angängig, den wahlmündigen Schülern eine besondere Stellung im Schulleben einzuräumen. Vielmehr sind sie, auch wenn sie das 20. Lebensjahr vollendet haben, allen von der Schule oder von der Schulaufsichtsbehörde erlassenen Anordnungen ohne Einschränkung unterworfen.

Schüler dürfen auch in Begleitung ihrer Erziehungsberechtigten Veranstaltungen staatsfeindlicher Organisationen nicht besuchen. Die Nichtbeachtung der von der Schule oder Schulaufsichtsbehörde erlassenen Anordnung gefährdet die Schulzucht und die Autorität der Schule. In solchen Fällen kann die Schule die weitere Verantwortung für die Erziehung des Schülers nicht mehr tragen, muss vielmehr die Verantwortung hierfür den Erziehungsberechtigten überlassen. Demgemäss ist der Ausschluss des Schülers aus der höheren Schule zu erwägen."

Die weitere Frage, ob das Staatsministerium bereit sei, die Verfügung des Provinzialschulkollegiums rückgängig zu machen, wird vom Preussischen Kultusminister verneint.

SPD. Dresden, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Nationalsozialisten teilen mit, dass sie einen Antrag auf Auflösung des sächsischen Landtags einbringen werden. Es kann jedoch als sicher gelten, dass der Antrag abgelehnt werden wird.

SPD. Die "Schlesische Zeitung" des Herrn Hugenberg Nr. 35 vom 20. Januar dieses Jahres bringt in einem Artikel "Dementi hin Dementi her" über das Rücktrittsgesuch des Leiters der Landstelle Königsberg in Preussen, Ministerialrat Mussehl, Nachrichten, deren grobe Unwahrheit dadurch nicht an Wahrheit gewinnt, dass sie in eine neue Netze gegen Preussen ausläuft.

Diesen unwahren Ausführungen gegenüber stellt der "Amtliche Preussische Pressedienst" nochmals mit aller Deutlichkeit fest, dass Ministerialrat Mussehl sich zu seinem Schritt lediglich durch die Schwierigkeiten veranlasst sah, die der Durchführung der Umschuldungsaktion durch die Haltung der ostpreussischen Generallandschaftsdirektion bereitet werden. Alle anderen Gerüchte und Meldungen sind frei erfunden.

SPD. Frankfurt a.O., 21. Jan. (Eig. Dr.)

Die Rechtspresse hat gemeldet, dass die an den Schulen in Frankfurt a.O. veranstalteten Reichsgründungsfeiern auf Anordnung des sozialdemokratischen Regierungsdirektors Elsholz abgebrochen werden mussten. Dazu erklärt Regierungspräsident Dr. Fitzner:

"Es hat der Schulabteilung der Regierung gänzlich ferngelegen, grundsätzlich gegen Reichsgründungsfeiern Stellung zu nehmen. Auf Grund der am 17. Januar eingegangenen Beschwerde war sie aber verpflichtet zu prüfen, aus welchem Grunde der Stadtschulrat eigenmächtig vorgegangen war. In der fernmündlichen Besprechung zwischen dem Direktor der Schulabteilung und dem Stadtschulrat am Sonnabend, den 17. Januar zwischen 10 und 11 Uhr vormittags ist

letzterer ausdrücklich und mehrfach darauf hingewiesen worden, dass Feiern, die bereits begonnen hätten, unter keinen Umständen abgebrochen werden dürften und dass auch sonst jedes störende Eingreifen vermieden werden sollte. Nur dort, wo sich die Möglichkeit noch böte, sollten die Feiern soweit hinausgeschoben werden, dass ein besonderer Unterrichtsausfall nicht erforderlich würde. Im übrigen ist der Stadtschulrat nicht vom Regierungsdirektor Elsholz persönlich belehrt worden, sondern von letzterem auf besonderen Beschluss der Schulabteilung. Es bedarf keiner besonderen Hervorhebung, dass die Schulabteilung lebhaft bedauert, dass bereits begonnene Feiern überhaupt abgebrochen worden sind. In ihrem Sinne hat eine derartige Massnahme nicht gelegen."

Mit dieser Erklärung dürfte die üble Hetze gegen einen sozialdemokratischen Regierungsdirektor und gegen die von einem Sozialdemokraten geführte Regierung zum Zusammenbruch verurteilt sein.

SPD. Die sächsischen Reichstagsabgeordneten der Wirtschaftspartei teilen mit, dass sie fest "zu der gegenwärtigen Parteileitung halten" und es sich bei den Differenzen zwischen der sächsischen Wirtschaftspartei und der Parteileitung in Berlin um ein Vorgehen der Parteibürokratie in Sachsen handle.

Im Gegensatz zu der obigen Feststellung, die das Durcheinander in der Wirtschaftspartei noch weit grösser erscheinen lässt, als man bisher angenommen hat, erklärt der Abg. Colosser und Antipode des Herrn Drewitz, dass Ende der Woche an einem Ort ausserhalb Berlins eine grosse politische Besprechung zahlreicher führender Persönlichkeiten der Wirtschaftspartei mit den sächsischen Dissidenten stattfinden werde. In der Sitzung werde man sich über die weitere Stellungnahme zur Parteiführung des Herrn Drewitz schlüssig werden.

SPD. Mainz, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Mainzer Stadtrat wählte am Mittwoch nachmittag in nichtöffentlicher Sitzung den Bürgermeister Dr. Wilhelm Ehrhardt mit 36 Stimmen zum Oberbürgermeister der Stadt Mainz. 27 Stimmen waren auf den sozialdemokratischen Beigeordneten Dr. Krauss entfallen. Die vier Kommunisten gaben weisse Zettel ab. Ursprünglich war das Zentrum bereit, für den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen. Es knüpfte aber an seine Zustimmung Bedingungen, die von der sozialdemokratischen Fraktion nicht angenommen werden konnten.

Der neue Oberbürgermeister Dr. Ehrhardt gehört der Staatspartei an. Seine Gesamtbezüge wurden im Vergleich zu den Bezügen des gegenwärtigen Oberbürgermeisters um 5 000 Mark gekürzt. Der bisherige Oberbürgermeister Dr. Kuhl tritt mit dem 1. Mai in den Ruhestand.

SPD. An der Mittwoch-Sitzung des Reichstagsausschusses für die Strafrechtsreform, die unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Kahl (DVP) stattfand, nahmen die Nationalsozialisten wieder teil.

Abg. Dr. Frank (Natsoz) gab eine Erklärung ab, in der zum Ausdruck kam, dass das Fernbleiben der nationalsozialistischen Abgeordneten am Dienstag lediglich als Demonstration gegen den Ausschussvorsitzenden persönlich zu werten sei. Geheimrat Kahl habe im Plenum des Reichstags erklärt, dass er sich das Zustandekommen eines guten Strafgesetzbuches nur dann denken könne, wenn die Nationalsozialisten daran nicht mitarbeiteten. Die von den Nationalsozialisten gewählte Form der Abwehr einer derartigen Herausforderung sei als überaus milde zu bezeichnen. Die Nationalsozialisten dächten nicht daran, wie es in einem ähnlichen Fall etwa vom Zentrum verlangt worden sei, deshalb die Absetzung des Ausschussvorsitzenden zu fordern. Solange aber Herr Geheimrat

Dr. Kahl die im Plenum gefallene bedauerliche Äusserung nicht rektifiziere; sähen die Nationalsozialisten keine Möglichkeit, sich von ihm ausdrücklich Ausschussarbeiten (also Referate und dergl.) zuweisen zu lassen.

Der Vorsitzende, Abg. D. Dr. Kahl (DVp) erwiderte, dass er keinerlei Rechenschaft abzulegen habe und für ihn die Sache erledigt sei. Dann wurde die sachliche Beratung fortgesetzt. - Ein Antrag, aussereheliche Lebensgefährten als Angehörige im Sinne des Gesetzes zu betrachten, wurde mit vierzehn gegen zehn Stimmen abgelehnt.

SPD. Paris, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Anregung des Reichsaussenministers in Genf, dass man mit der Einführung von Vorzugstarifen in den europäischen Handelsverträgen die Bildung lokaler Wirtschaftsvereinigungen durch Zusammenschluss zweier oder mehrerer in ihrer Produktion sich ergänzender Staaten erleichtern solle, hat in Pariser Finanz- und Wirtschaftskreisen starke Beachtung gefunden. Einige nationalistische Blätter können sich allerdings die Bemerkung nicht verkneifen, dass sich Deutschland damit wohl einen Konflikt mit Russland zuziehen werde, wenn es diesem das alte Meistbegünstigungsrecht entziehe und mit anderen europäischen Staaten Vorzugstarife abschliessen wolle.

Der am Dienstag in Genf diskutierte Plan Loucheurs, als erste praktische Verwirklichung des europäischen Einheits- und Solidaritätsgedankens eine internationale landwirtschaftliche Kreditbank ins Leben zu rufen, scheint selbst in Frankreich nicht mit ungeteilter Zustimmung aufgenommen zu werden. Das "Petit Journal", das Blatt Loucheurs, glaubt zwar versichern zu können, dass das neue Institut schon im Mai dieses Jahres in Basel in enger Anlehnung an die Internationale Zahlungsbank seine Tätigkeit aufnehmen könne, gibt aber zu, dass viel guter Wille und grosse Vorarbeiten dazu notwendig seien. Vor allem müsse man das Hypothekenrecht in den kreditbedürftigen landwirtschaftlichen Staaten vereinheitlichen, da die Kreditbank neben der Garantie des Staates und einer ebenfalls noch zu gründenden nationalen Landwirtschaftsbank auch noch die hypothekarische Sicherstellung ihrer Kredite fordern müsse. Die den französischen Grossbanken nahestehende "Informations Financiere" geht in ihrer Kritik an dem Loucheur-Plan viel weiter. Sie erklärt, dass die Krise in der europäischen Landwirtschaft in erster Linie eine Folge der Ueberproduktion und der mangelnden Organisation sei. Gewiss sei die Rationalisierung bei der Verschuldung der mittleren und kleineren Besitze nicht ohne Kredite durchzuführen, aber auch dann sei es noch sehr schwer, gegen die standardisierte Konkurrenz Amerikas und Kanadas aufzukommen. Dazu komme noch, dass die europäische Landwirtschaft vollkommen unorganisiert sei. In manchen osteuropäischen Staaten existiere noch nicht einmal ein Grundbuch, sodass also an die Schaffung eines einheitlichen Hypothekenrechts nicht so schnell zu denken sei.

SPD. Meissen, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

In Brockwitz bei Meissen betätigten sich Nationalsozialisten aus Dresden und Umgebung am Dienstag wieder als Rowdies. 25 Personen wurden verletzt. Mehrere erlitten Messerstiche.

Die Nazis hatten in Brockwitz eine Versammlung angekündigt. Eine halbe Stunde vor Beginn waren ungefähr 400 Personen vor dem Gasthof versammelt, ohne jedoch Einlass zu finden, weil die Türen noch verschlossen waren. Kurz vor 8 Uhr kamen dann von Dresden auf Lastautos etwa 400 SA-Leute unter Führung des sächsischen Landtagsabgeordneten Dr. Benecke. Auch aus Meissen, Grossenhain, Coswig und Weinböhla erschienen Nationalsozialisten, sodass ungefähr 600 Mann versammelt waren, die auf der Strasse antraten. Da die Eingänge von

den Besuchern verstopft waren, gab ein nationalsozialistischer Führer das Kommando: "Strasse frei! Abteilung 5 räumt den Eingang!" Daraufhin wurde von den Nationalsozialisten mit Schlagringen, Koppelschlössern, Gummiknüppeln und anderen Gegenständen auf die dort Stehenden eingeschlagen. Ein Ueberfallkommando stellte später die Ruhe wieder her. Dann fand die Versammlung statt.

SPD. Bonn, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

Vor wenigen Wochen wurde in Bonn im Verlauf von Ausschreitungen der Nationalsozialisten, bei denen es eine grosse Anzahl von Verletzten gab, ein junger Nationalsozialist so schwer verwundet, dass er einige Tage später starb. Natürlich wurden in der nationalsozialistischen Presse die Marxisten für den Tod verantwortlich gemacht. Die Bonner Polizei wurde sogar verdächtigt, die Nachforschungen nach dem Täter nicht energisch genug betrieben zu haben. Jetzt hat sich herausgestellt, dass der angeblich von den Marxisten überfallene und schwer verwundete Nationalsozialist sich die Verletzung selbst beigebracht hat.

SPD. Paris, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Untersuchungskommission im Oustric-Skandal hat am Mittwoch die Feststellung machen müssen, dass der aus der Almazoff-Affäre bekannte Leiter der Pariser Kriminalpolizei, Benoist, von Oustric direkt bestochen wurde. Schon früher hatte die Kommission ein privates Bankkonto auf den Namen Benoist in den Listen der Oustric-Bank aufgefunden. Darüber hinaus versicherte am Mittwoch ein als Zeuge vernommener Direktor der Oustric-Bank, dass Benoist auch zu den Nutzniessern jener zahlreichen, nur mit geheimnisvollen Insignien gekennzeichneten Auszahlungen der Bank gehört habe. Die Kommission hat dem Justizminister sofort von der neuen Bestechungsaffäre Kenntnis gegeben.

SPD. Genf, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Europa-Kommission hat am Mittwoch abend ihre Beratungen mit einer grossen politischen Sensation abgeschlossen. Auf Vorschlag von England, Deutschland, Italien und Frankreich nahm die Kommission einstimmig unter stärkstem Beifall folgendes Manifest an die Völker Europas an:

"Wir haben während der letzten Tage die Probleme studiert und beraten, die sich unsere Regierungen stellen und es wurde uns völlig klar, dass eines der Hindernisse für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Mangel an Vertrauen in die Zukunft ist, der von der Angst herrührt, welche die politische Situation beherrscht. Diese Angst wurde gesteigert durch gewisse Gerüchte, die von unverantwortlichen Stellen kamen über die Möglichkeit eines internationalen Kriegs. Wir erkennen an, dass augenblicklich in Europa politische Schwierigkeiten bestehen und dass sie noch vermehrt wurden durch die Unsicherheit und das wirtschaftliche Unbehagen, die von der allgemeinen Krise herrühren. Das beste, was wir zur Besserung der wirtschaftlichen Situation tun können, ist, nicht an der Sicherheit und Zuverlässigkeit des Friedens in Europa zweifeln zu lassen. In unserer Eigenschaft als Aussenminister und als verantwortliche Vertreter der europäischen Staaten fühlen wir uns verpflichtet zu erklären, dass wir mehr als jemals entschlossen sind, uns der Einrichtungen des Völkerbundes zu bedienen, um jeden Rückgriff auf gewaltsame Entscheidungen zu vermeiden."

Der Ausschuss nahm dann noch den Bericht des danischen Aussenministers entgegen, der einen schriftlichen Meinungsaustausch zwischen den Regierungen über die vertagten Tagesordnungspunkte bis zur Maitagung anregte. Ferner beantragte er die Bildung eines Unterausschusses zur Vorbereitung der methodi-

schen Behandlung dieser politischen Fragen auf der nächsten Tagung. Briand schlug vor, die Organisationskommission recht gross zu bilden und nach Sachgebieten aufzuteilen. Als Mitglieder wurden einstimmig gewählt: Deutschland, England, Frankreich, Griechenland, Polen, Italien, Spanien, Jugoslawien, Portugal, die Schweiz, Finnland und Dänemark. Auf Vorschlag Briands wurde die vom Redaktionskomitee vorgelegte Entschliessung einstimmig angenommen. Sie besagt, dass in kürzester Zeit die Sachverständigen der interessierten europäischen Staaten zu einer Konferenz über die Agrarkrise zusammentreten und besonders die Unterbringung der Ueberschüsse an Getreide beraten sollen. Ausserdem soll eine neue Studienkommission die Agrarkreditfrage für die kommenden Ernten beraten. Schliesslich wird ein Zollkomitee gebildet werden, das die Wirtschaftskonvention über den Zollwaffenstillstand möglichst bald zu seiner Annahme reif machen sollte.

Briand schloss die Sitzung mit dem Hinweis, dass eine nützliche Arbeit geschaffen würde. Mit starkem Beifall dankten ihm Henderson und Motta unter Hervorhebung der ungeheuren Bedeutung der erfolgten Friedensmanifestation für die Völker Europas.

SPD. Amsterdam, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

Ein schweres Erdbeben richtete am Mittwoch-Morgen in Mitteljava grossen Schaden an. In zahlreichen Ortschaften wurden Häuser beschädigt. In einer Fabrik in Proepoek wurden sechs indonesische Arbeiter durch einen einstürzenden Schornstein getötet. Ob das Erdbeben mit der Tätigkeit des Vulkans Merapi zusammenhängt, konnte noch nicht festgestellt werden.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett beschäftigte sich am Mittwoch-Nachmittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und in Anwesenheit des Preussischen Finanzministers und des Generaldirektors der Reichsbahn mit den Vorbereitungen des Entwurfs eines Gesetzes über die Osthilfe. Die Beratungen werden fortgesetzt.

+ + +

In der Reichskanzlei fand am Mittwoch unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine erste eingehende Besprechung zu dem Zwecke statt, die auf der Ostreise des Reichskanzlers gewonnenen Eindrücke und Anregungen zu praktischen Hilfsmassnahmen für den Osten auszuwerten.

Es bestand Einverständnis darüber, dass die Lastensenkung zu Gunsten der Ostgrenzgebiete in der bisherigen Weise fortgesetzt werden muss. Probleme der Steuerpolitik, die damit zusammenhängen, sollen alsbald der Entscheidung zugeführt werden. Die Bedeutung der Schul-, Deich- und Wegelasten für die Ostgrenzgebiete wurde eingehend gewürdigt. Wieweit sich dabei Möglichkeiten ergeben, trotz der bedrängten Gesamtlage zu helfen, wird mit aller Sorgfalt geprüft.

Die Preussische Staatsregierung wird die Obergerversicherungsämter anweisen, der Frage besondere Beachtung zuzuwenden, ob und inwieweit die Krankenkassenbeiträge im Osten noch gesenkt werden können.

Die Möglichkeit einer Senkung der Beiträge zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft wird in den nächsten Wochen im weiteren Rahmen zusammenhängender Fragenkomplexe einer Entscheidung zugeführt werden.

Schwierigkeiten, die sich hinsichtlich der Wohlfahrtsunterstützung ergeben haben, wird die Preussische Staatsregierung im Benehmen mit den örtlichen amtlichen Stellen entgegenwirken. Einverständnis bestand darüber, dass eine Änderung der Voraussetzungen für die Wohlfahrtsunterstützung im Sinne einer möglichst gerechten und zweckmässigen Regelung dieser Frage vorbereitet werden muss.

Nötig schien die weitere Rationalisierung des Genossenschaftswesens, insbesondere die Einwirkung auf die Kreditgenossenschaften des Ostens mit dem Ziele, unwirtschaftlichen Wettbewerb auszuschalten und auf dem Gebiete des Revisionswesens Fortschritte herbeizuführen. Darüber hinaus sollen die Besprechungen fortgesetzt werden, die von der Reichsbank eingeleitet worden sind und die eine möglichst reibungslose Kapitalversorgung der Ostgrenzgebiete sicherstellen sollen.

Wieweit die Aufarbeitung des Windbruchs in den betroffenen Gegenden unter Einsatz von Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge und durch Kreditgewährung befördert werden kann, wird in den nächsten Tagen endgültig entschieden werden. In Verhandlungen mit Abnehmerorganisationen wird zu versuchen sein, dem überlasteten Holzmarkte eine gewisse Erleichterung zu verschaffen.

Verzögerungen, die sich bei der individuellen Umschuldung aus der Schwierigkeit einwandfreier Feststellungen im Einzelfalle und sorgfältiger Durchführung der erforderlichen Verhandlungen ergeben, sollen dadurch gemildert werden, dass den Schuldnern in geeigneten Fällen Bescheinigungen über den Stand des Verfahrens zur Weitergabe an ihre Gläubiger und Vorschüsse auf die zu erwartenden Zahlungen gegeben werden. Die entsprechenden Anordnungen sind bereits an die Landstellen ergangen. Auch dadurch soll eine Beschleunigung des Verfahrens erreicht werden, dass die Landräte ermächtigt werden, bis zu 5000.- RM über die Kreditanträge selbst zu entscheiden. Mittel des Kreditsicherungsfonds sollen zur Stützung besonders gefährdeter kleinbäuerlicher Betriebe eingesetzt werden. Die Landstellen werden in die Lage zu versetzen sein, die Anträge über das bisher mögliche Mass hinaus beschleunigt zu bearbeiten.

Die Verhandlungen werden in den nächsten Tagen fortgeführt werden.

SPD. Genf, 21. Januar (Sig. Drahtb.)

In der Mittwoch-Nachmittag-Sitzung des Völkerbundsrats erwiderte Reichsaussenminister Dr. Curtius auf die Ausführungen des polnischen Aussenministers Zaleski. Er wies an mehreren Einzelfällen nach, dass der Wojewode Gracynski der böse Geist für das Deutschtum in Oberschlesien sei. Deshalb müsse er den Vergleich mit dem Reichspräsidenten mit berechtigter Entrüstung zurückweisen. Bezüglich der Schulfrage sei es Tatsache, dass die polnischen Eltern in Deutschland ihre Kinder lieber in die deutschen Schulen schickten, weshalb allein in Deutsch-Oberschlesien 23 von 51 polnischen Minderheitsschulen leer ständen. Noch nie sei bisher eine Verletzung des freien Wahlrechts für Polen in Deutschland behauptet worden. Mit Genugtuung entnehme er der Rede Zaleskis, dass die Verletzung des Artikels 57 und 83 der Genfer Minderheiten-Konvention eingeräumt und Sühne versprochen worden sei. Darüber hinaus müsse aber der Rat durch seine Entscheidung Garantien für die Achtung der Verträge in der Zukunft schaffen.

Zaleski schob in seiner auffallend kurzen Erwiderung die Einzelfälle einfach beiseite, sprach zur Schulfrage nur mit humoristischen Nadelstichen und verzichtete zur Genugtuung des Rats auf jede weitere Erwiderung.

Die Diskussion und die Entscheidung des Rats wurden auf eine der nächsten Sitzungen vertagt. Am Donnerstag findet die Beratung des Berichts über die Sklaverei in Liberia statt.

SPD. Am Dienstag-Nachmittag kam es im Haushaltsausschuss des Reichstags bei der Beratung des Etats des Reichsjustizministeriums infolge der parteiischen Geschäftsführung des stellvertretenden Vorsitzenden, des Abg. Reinhardt (Natsoz) zu einem schweren Konflikt, in dessen Verlauf die Sitzung aufflog.

Abg. Rosenfeld führte als Sprecher der Sozialdemokratie u.a. aus, dass sich in der reichsgerichtlichen Rechtsprechung zum Hochverrat bisher trotz

aller Kritik nichts geändert habe. Endlich habe man einmal einen Prozess wegen nationalsozialistischer hochverräterischer Betätigung eingeleitet. Aber wie ganz anders habe sich dieser Prozess abgespielt, als die üblichen Hochverratsprozesse gegen Kommunisten. Zunächst habe man die Zahl der Angeklagten auf drei beschränkt. Diese drei, man möchte sagen, unglücklichen Offiziere seien doch offensichtliche Werkzeuge in den Händen von Drahtziehern der Nationalsozialistischen Partei. In diesem Prozess seien selbst des Hochverrats Verdächtige als Zeugen vernommen worden. Der Höhepunkt sei gewesen, als man dem Hochverräter Hitler das grosse Wort gestattet habe (Zuruf von nationalsozialistischer Seite: "Das wird ihnen teuer zu stehen kommen." Abg. Biedermann "Was soll das heissen?") Das seien die üblichen Drohungen, die man schon gewohnt sei und über die man sich schon gar nicht mehr aufrege. Mit fast derselben Begründung wie in den üblichen Kommunistenprozessen könne man ohne weiteres auch Nationalsozialisten verurteilen, weil deren aufreizende Redewendungen noch schärfer seien, als die der Kommunisten. Trotzdem geschehe nichts. Auch dem Herrn Goebbels nicht, der erst vor wenigen Tagen, wenn auch in versteckter Form, zu Gewalttätigkeiten aufgefordert habe. Es zeuge nicht von besonderem Mute, wenn Goebbels seine Aufforderung zur Gewalttätigkeit in die Form gekleidet habe, er fordere zwar niemanden auf, aber er könne auch nicht kontrollieren was geschehe. Auch die Rechtsprechung in Landesverratsachen sei zu beklagen. Der Fall Bullerjahn sei noch nicht geklärt. Beim Reichsgericht scheine sich weder innerlich noch äusserlich etwas geändert zu haben. Als kürzlich Renovierungsarbeiten durchgeführt worden seien, habe sich herausgestellt, dass sogar der monarchistische Schmuck an der Fassade des Reichsgerichts wieder erneuert worden ist.

Der nationalsozialistische Abg. Schwarz-Memmingen, nannte Rosenfeld einen marxistischen Juden, der einer Partei angehöre, die seit Jahrzehnten systematisch Hochverrat gegen das Deutsche Reich betrieben habe, wie das schon in den verschiedensten Prozessen festgestellt worden sei. Als der Vorsitzende nicht einschritt, wurde ihm von dem sozialdemokratischen Abg. Rossmann zugerufen: "Hören Sie denn gar nicht? Wissen Sie nicht was Ihre Pflicht als Vorsitzender ist?" Als Reinhardt wieder nicht reagierte, bezeichnete Rossmann die Ausführungen von Schwarz als Verleumdung.

Als der Nationalsozialist Schwarz seine Rede beendet hatte, machte Abg. Keil den Vorsitzenden auf die Beleidigungen aufmerksam und fragte ihn, ob er bereit sei, seine Aufgabe als objektiver Vorsitzender zu erfüllen und seinen Parteifreund Schwarz zur Ordnung zu rufen. Reinhardt erklärte, dass er dazu keine Veranlassung sehe, denn die Schärfe der Rede des Abg. Schwarz sei bedingt durch die Schärfe des Angriffs des Abg. Rosenfeld auf die Nationalsozialistische Partei und insbesondere auf deren Vorsitzenden Adolf Hitler. Darauf erklärte Keil, dass die sozialdemokratischen Vertreter es unter diesen Umständen ablehnen müssten, weiter unter dem Vorsitz des Abg. Reinhardt an der Sitzung teilzunehmen. Abg. Gereke (Bauernbund) machte den Versuch, dem Vorsitzenden eine Brücke zu bauen. Er machte darauf aufmerksam, dass ähnlich wie vor kurzem im Auswärtigen Ausschuss auf Beleidigungen durch einen nationalsozialistischen Redner Sozialdemokraten ihrerseits mit Beleidigungen geantwortet hätten. Beide seien vom Vorstand überhört worden, der sich aber nach entsprechender Aufklärung in einer längeren Geschäftsordnungsdebatte bereit gefunden hätte, alle Beteiligten zur Ordnung zu rufen. Die Sozialdemokraten verliessen hierauf die Sitzung. Das Zentrum gab die Erklärung ab, dass es sich an der weiteren Beratung nicht beteiligen könne, wenn eine so grosse Partei wie die Sozialdemokratie sich von den Beratungen zurückziehe. Die Staatspartei schloss sich dieser Erklärung an. Abg. Cremer erklärte namens der Volkspartei, dass sich der Vorstand einer so gröblichen Verletzung der ihm obliegenden Pflichten als objektiver Vorsitzender schuldig gemacht habe, dass seine Freunde genötigt seien, sich den Erklärungen der Vertreter des Zentrums und der Staatspartei anzuschliessen.

In Abwesenheit der Sozialdemokraten entschloss sich Reinhardt später, Ordnungsrufe an Schwarz und Rosenfeld zu erteilen, der irgend eine Bemerkung, die Anlass zu einem Ordnungsruf gegeben hätte, überhaupt nicht gemacht hatte. Schliesslich Reinhardt den Abg. Rossmann zur Ordnung, obwohl sein Zuruf nur ein Akt der Notwehr war, weil der Vorsitzende sich geweigert hatte, seine Pflicht zu tun. Es wurde dann beantragt, die Sitzung zu vertagen. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Nationalsozialisten, der Kommunisten und des Deutschen Landvolks in Abwesenheit der Sozialdemokratie abgelehnt. Darauf erklärten Zentrum, Staatspartei, Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei, dass sie nicht in der Lage seien, sich vor Klärung des Vorganges weiter an den Beratungen zu beteiligen. Die Sitzung flog so wegen Beschlussunfähigkeit auf.

SPD. Aachen, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

In der Nähe von Merkstein an der holländischen Grenze ist es gelungen, einem umfangreichen Maisschmuggel auf die Spur zu kommen. Es wurden 56 Zentner Mais beschlagnahmt. Die Zollfahndungsstelle hat festgestellt, dass von den Schmugglern bisher etwa 170 Zentner Mais geschmuggelt worden sind.

SPD. Braunschweig, 21. Jan. (Eig. Drahtb.)

Wie Aufforderung der republikanischen Bevölkerung nach sofortiger Auflösung der faschistischen Bürgerwehr in Velpke, die sich dort nach einem mysteriösen, bisher ungeklärten Dynamitanschlag bildete, beantwortete der braunschweigische Polizeiminister Franzen damit, dass er durch die ihm unterstellte Kreisdirektion in Helmstedt der Bürgerwehr kostenlos Waffenscheine besorgen liess. Er hat damit die ungesetzliche Bewaffnung einer staatsfeindlichen Organisation gefördert.

Der republikanischen Bevölkerung hat sich angesichts dieser Provokation eine grosse Erregung bemächtigt.

SPD. Liegnitz, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

Im Bunzlauer Landfriedensbruchprozess wurden am Mittwoch wegen Aufruhrs in Tateinheit mit Zusammenrottung die Angeklagten Gottwald und Reimann zu je 2 Jahren Gefängnis, Starrnitz zu 3 Jahren Gefängnis, Sauer zu 10 Monaten Gefängnis und der Angeklagte Käse zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Vier Angeklagte erhielten je 6 Monate Gefängnis unter Zubilligung einer dreijährigen Bewährungsfrist. Die Angeklagten Gottwald, Reimann und Starrnitz, die Haupttätler, wurden auf der Stelle verhaftet.

Die Angeklagten hatten sich wegen der blutigen Zusammenstösse anlässlich einer kommunistischen Versammlung im vergangenen Jahre zu verantworten. Die Zusammenstösse kosteten vier Menschen das Leben.

SPD. Bombay, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

Im Lager der allindischen Kongressanhänger ist die Meinung über das Ergebnis der englisch-indischen Konferenz gespalten. Die Extremen bezeichnen die Rede MacDonalds und die von der englischen Regierung gegebenen Versprechungen zur Umgestaltung Indiens in einen Dominion-Staat als Bluff. Anders die gemässigten Allinder, die die Zeit zum Verhandeln gekommen sehen. Die Anhänger der liberalen indischen Parteien fordern die Kongresslieder auf, nunmehr mit der englisch-indischen Regierung zu verhandeln und die Gesetzesüberschreitungen einzustellen, damit die politischen Gefangenen freigelassen werden können.

SPD. London, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Zahl der ausgesperrten Weber hat sich seit Montag auf rund 160 000 erhöht. Zusammen mit den dadurch arbeitslos gewordenen Spinnereiarbeitern beträgt die Ziffer der durch die Aussperrung betroffenen Arbeiter rund 210 000.

SPD. Bochum, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

In Essen fanden am Mittwoch Verhandlungen über einen Gehaltsabbau der rheinisch-westfälischen Gemeindeangestellten statt. Der Arbeitgeber-Verband forderte einen 6 prozentigen Gehaltsabbau und beharrte auf dieser Forderung, sodass die Verhandlungen ergebnislos verliefen. Nun wird sich die Schlichtungsstelle unter dem Vorsitz eines Unparteiischen mit der Frage zu beschäftigen haben.

SPD. Amsterdam, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

Im dichten Nebel strandete am Mittwoch-Vormittag der englische 4000 Tonnen Dampfer "Pendeen" bei der Hafeneinfahrt von Ymuiden. Das Schiff, das mit Korn beladen war, erlitt schwere Beschädigungen. Den herbeigeeilten Schleppbooten war es bis Mittwoch-Abend noch nicht möglich, den Dampfer wieder flott zu machen. Da vorläufig keine Gefahr besteht, blieb die Mannschaft an Bord des Schiffes.

SPD. Paris, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Präsident der Republik, Doumergue, beabsichtigt, vor Ablauf seiner Tätigkeit im Elysée noch einen offiziellen Besuch in Tunis zu machen. Die Reise, deren genaues Programm noch nicht festgelegt ist, wird wahrscheinlich in die erste Hälfte des April fallen und etwa zehn Tage dauern.

SPD. London, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag-Abend sprach Ministerpräsident MacDonald im Londoner Rundfunk über die Ergebnisse der englisch-indischen Konferenz. Am Mittwoch wurde von der englischen Presse Klage darüber geführt, dass diese Rede von der deutschen Sendestation Mühlacker empfindlich gestört worden sei. Stellenweise wäre es dadurch unmöglich gewesen, MacDonald zu verstehen. Als der Ministerpräsident die künftige Selbstverwaltung Indiens berührt habe, sei in deutscher Sprache dazwischen gerufen worden: "Ich glaube es nicht."

+ + +

Die Reichspost hat nach diesen substantiierten Behauptungen alle Veranlassung, für schnellste Klarstellung der Beschuldigungen zu sorgen und das Ergebnis der einzuleitenden Untersuchung der Öffentlichkeit mitzuteilen.

SPD. Paris, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

Die "Liberté" kündigt einen neuen Finanzskandal an. Danach soll die Pariser Polizei bereits eine Reihe geheimnisvoller Haussuchungen vorgenommen, jedoch noch niemans verhaftet haben, da die Kontrollarbeiten in den verschiedenen mitverwickelten Banken erst beendet werden müssten.

Wie wir erfahren, handelt es sich um eine Haussuchung in der Bank Devilder, die vor allem einige polnische und tschechoslowakische Petroleumgesellschaften kontrollierte.

SPD. Rom, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Genfer Sonderberichterstatter des "Lavore Fascista" berichtet, dass nach seinen Informationen die Gerüchte über eine grosse französische Anleihe für Deutschland nicht richtig seien. Es würden vielmehr gerade jetzt die Pläne einer grossen internationalen Anleihe von 100 Millionen Dollar für Deutschland studiert. Daran würden sich Amerika, England, Frankreich und andere Länder beteiligen. Es handele sich dabei nicht um die Regierungen, sondern um private Finanzinstitute, die allerdings nicht ohne Zustimmung und Anregungen der Regierungen handeln würden. Die Besprechungen mit den Franzosen gingen gegenwärtig darum, welchen Anteil an einer solchen internationalen deutschen Anleihe Frankreich selbst übernehmen würde.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

SPD. Genf, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

-In der Mittwoch-Sitzung des Völkerbundsrates hielt Reichsaussenminister Dr. Curtius eine gross angelegte Rede gegen die Vergewaltigung der deutschen Minderheiten in Polen. Er verlangte vom Rat die klare Feststellung der Verletzung der Minderheitenverträge, eine ausreichende Summe zur Wiedergutmachung der Schäden und die Beseitigung der militärisch organisierten polnischen Terrorverbände, die eine ständige Bedrohung des Rechts der Minderheiten darstellten.

Curtius erklärte im einzelnen: "Das Gesamtbild der Geschehnisse in Polnisch-Oberschlesien liess deutlich erkennen, dass die Kräfte, die hinter dem Wahlterror standen, offenbar glaubten, jetzt eine entscheidende politische Schwächung des Deutschtums herbeiführen zu können. Die polnische Regierung hätte nicht nötig gehabt, uns daran zu erinnern, dass eine Minderheitenangelegenheit nicht den Charakter des Streites zwischen zwei Staaten tragen darf, sondern dass sie eine reine Völkerbundsangelegenheit ist. Ich bin mit dieser Auffassung ganz einverstanden und dringe mit allem Nachdruck darauf, dass der Völkerbundsrat ohne Rücksicht auf das Land, das die Sache aufgenommen hat, gemäss seinen Garantiepflichten für die Durchführung der Minderheitenrechte sorgt. Ich kann nicht zugeben, dass bei dem Stillschweigen der übrigen Ratsmächte nun auch Deutschland hätte stillschweigen müssen. Als hier im September vorigen Jahres die sechste Kommission über die wirksamste Garantie des Minderheitenschutzes verhandelte, waren wir zwar in manchen Punkten des Verfahrens verschiedener Auffassung, aber über die Grundrechte der Minderheit selbst bestand kein Streit, und auf diese Grundrechte kommt es für die Beurteilung der Vorgänge im November vorigen Jahres allein an. Die deutsche Regierung hatte nicht erwartet, schon acht Wochen nach den feierlichen Erklärungen an dieser Stelle sich zu einem so aussergewöhnlichen Schritt entschliessen und die Aufmerksamkeit des Völkerbundsrats auf sie lenken zu müssen, die in schroffem Gegensatz zu den von der Gesamtheit der Völkerbundsmächte niedergelegten Grundsätzen stehen.

Die Tatsachen, die die deutsche Regierung in ihren drei Noten aufgeführt hat, werden ergänzt durch die Beschwerde der Minderheit selbst, die dem Rat gleichfalls vorliegt. Der traurige Katalog der Gewalttaten in der Minderheitenbeschwerde zeigt, dass von der körperlichen Bedrohung bis zu der Zerstörung von Eigentum und jeder Art von moralischem Zwang jedes Mittel angewandt worden ist, um die Deutschen ihrer politischen Rechte in Polen zu berauben.

Allen Vorfällen ist eines gemeinsam: das System, das darin liegt, und die Begünstigung dieses Systems durch die polnischen Behörden. Fast in allen Fällen hat die Polizei die Ereignisse entweder geschehen lassen oder sie hat sogar selbst gegen die Minderheit eingegriffen. Die Gewalttaten haben sich nicht nur gegen die Vertrauensmänner des Deutschtums gerichtet, die verhaftet wurden, deren Wohnungen man plünderte, denen man die Wahlzettel und das Propagandamaterial für die Wahlen weggenommen, die man zum Teil mit Waffen in der Hand bedroht hat. Man hat selbst vor unbeteiligten Greisen und vor Frauen nicht Halt gemacht. Aus der Beschwerde der Minderheit selbst geht hervor, dass während und kurze Zeit vor den polnischen Wahlen in ganz Oberschlesien eine Welle des polnischen Terrors über die schutzlose deutsche Bevölkerung hingebraust ist. Das wird ja auch von der polnischen Regierung selbst zugegeben dadurch, dass sie nicht weniger als 99 Strafverfahren und 17 Disziplinarverfahren eingeleitet hat und dass die Beweisaufnahme von dem Präsidenten der gemischten Kommission in dem Verfahren gemäss § 585 der Genfer Konvention veranlasst worden ist.

Was die Vorfälle in Oberschlesien zu einer Einheit verbindet, was ihnen ein ganz besonderes Gepräge gibt, ist die Tatsache, dass sie von einem einheitlichen geschlossenen Willen getragen waren, der sich gegen das Deutschtum als solches richtet. Frappant ist die Tatsache, dass die Terroraktion sich wochenlang in aller Öffentlichkeit abspielen konnte, ohne dass nur eine polnische Behörde einschritt, obwohl von der Minderheit um Einschreiten gebeten wurde. Ein solches pflichtwidriges Unterlassen der Ausführung gesetzlicher Pflichten steht rechtlich positivem Tun gleich und ist Verwaltungswillkür.

Dazu kommt, dass an vielen Vorfällen Beamte positiv beteiligt waren oder sie moralisch deckten.

Besonders charakterisiert wird aber die ganze Schwere der Sachlage durch die systematische Aktion gewisser Verbände. Mit allem Ernst muss ich hierbei auf den aufständigen Verband hinweisen, der mit öffentlichen Mitteln unterstützt wird und eine halb militärische Organisation ist. Curtius wies im einzelnen den militärischen Charakter dieses Verbandes mit 40 000 Mitgliedern nach und seinen engen Zusammenhang mit den staatlichen Behörden. Wie wirksam die Betätigung der Aufständigen war, ergibt sich daraus, dass ihnen nach Abschluss der Wahl von dem Vorsitzenden des Verbandes Dank und Anerkennung ausgesprochen wurde.

Die polnische Regierung bestreitet in ihren Bemerkungen nicht, dass die Angehörigen der deutschen Minderheit im Wahlkampf unter der Tätigkeit des aufständigen Verbandes zu leiden hatten. Sie macht aber einen Unterschied zwischen den Gruppen der Minderheit und behauptet, die Aktivität des Verbandes habe sich lediglich gegen die deutsche Wahlgemeinschaft gerichtet, deren Loyalität bestritten wurde. Die deutsche Wahlgemeinschaft ist die innenpolitische Organisation der deutschen Minderheit, soweit sie sich nicht zu den Sozialisten bekennt.

Die Wahlmethoden, die gegenüber den Deutschen angewandt wurden, zeigen, dass man die Deutschen mit den verwerflichsten Mitteln hindern wollte, ihre Führer ins polnische Parlament hineinzuwählen. Schon die übertrieben grosse Zahl unmotivierter und nicht belegter Einsprüche, zu hunderten in mechanischem Umdruck systematisch teilweise von Beamten hergestellt, musste die Minderheit als Einschüchterung empfinden. Bei der Ausstellung von Staatsangehörigkeits-Ausweisen zum Zwecke des Nachweises der Wahlberechtigung sind behördliche Schikanen in grosser Zahl vorgekommen. Auch in den Wahlkommissionen war entgegen der polnischen Versicherung das deutsche Element fast nicht vertreten. Zu allem kam die Propaganda zur offenen Stimmabgabe, die vom aufständigen Verband sowie von gewissen Presseorganen mit Nachdruck und von den Behörden als zu eintönig erklärt wurden. Gerade diese bewusste Verhinderung der geheimen Wahl ist in Oberschlesien von besonderer Wirksamkeit gewesen. Infolgedessen blieb den meisten eingeschüchterten Wählern nur die Möglichkeit offen, für die Regierungspartei zu stimmen. Dass es der deutschen Minderheit nicht schlechter ergangen ist, als anderen Gruppen der Opposition, darf für den Rat keine Rolle spielen. Die Deutschen in Oberschlesien haben ihre besonderen verbrieften Rechte, die nach objektiven Grundsätzen der Gerechtigkeit und Freiheit zu beurteilen sind und die nicht willkürlich durch eine allgemeine Herabdrückung des Niveaus der Rechtsordnung beeinträchtigt werden dürfen.

Curtius schilderte dann den Terror in Polen und Pommerellen, wo die Eingriffe in die freie Ausübung des Wahlrechts der Deutschen fast noch gravierender waren, als in Oberschlesien: "Der systematische Kampf gegen das Deutschtum wird also auch hier deutlich sichtbar. Die polnische Regierung hat in ihren Gegenbemerkungen darauf hinweisen zu können geglaubt, dass all die traurigen Vorkommnisse in Oberschlesien mehr oder weniger auf deutsche Verantwortlichkeit zurückzuführen seien. Sie spielt dabei auf politische Bewegungen in Deutschland an, die gegen die Integrität des polnischen Staates gerichtet seien. Deutschland denkt nicht daran, diese Ziele mit anderen als vertraglichen Mitteln verwirklichen zu wollen. Ebenso einig, wie über die politischen Ziele selbst ist sich das ganze Deutsche Volk über die unbedingte Innehaltung friedlicher Methoden. Schon aus diesem Grunde kann die Diskussion solcher Ziele niemals den Anlass oder Vorwand für eine Unterdrückung der Minderheit geben. Im übrigen sind die nationalen Leidenschaften aufgestachelt. Ebenso hinfällig ist der polnische Einwand, dass die Aufregung der polnischen Bevölkerung in Ost-Oberschlesien auf deutsche Massnahmen gegen die polnische Minderheit zurückzuführen sei. Ich glaube, dass die völlig freiwillige, an keinerlei Verträge gebundene grosszügige Minderheitspolitik der preussischen Regierung insbesondere auf dem Gebiet des Schulwesens etwas anderes verdiente.

als wegen irgendwelcher Einzelvorkommnisse verdächtigt zu werden.

Die polnische Regierung hat in ihren Gegenbemerkungen die Massnahmen mitgeteilt, die sie wegen der Vorkommnisse in Oberschlesien getroffen hat. Der Rat wird zu prüfen haben, ob diese Zusicherungen als ausreichend anzusehen sind, um das geschehene Unrecht auch nur einigermaßen wieder gut zu machen. Dafür aber, dass diese Wiedergutmachung auch praktisch durchgeführt wird, muss der Rat alle nach Lage der Sache denkbaren Garantien treffen. Der Völkerbundsrat wird sich mit dem Verband der aufständischen Organisationen und ihren Beziehungen zu amtlichen Stellen eingehend befassen müssen. Wenn nicht die schuldigen Beamten ohne Ansehen der Person rücksichtslos bestraft werden, wenn das System nicht geändert wird, und wenn nicht in der Verwaltung die personelle Gewähr für eine unparteiische Handhabung der Minderheiten-Schutzbestimmungen gegeben wird, wenn die ständige Bedrohung durch Verbände nicht beseitigt wird, deren Geist und Ziel zu dem vom Völkerbund proklamierten Grundsatz des Schutzes der Minderheiten in direktem Gegensatz stehen, so besteht die Gefahr weiter, dass die Minderheit immer wieder der Recht- und Schutzlosigkeit ausgesetzt bleibt.

Eine Beruhigung der Minderheit, die im Interesse aller Staaten, im Interesse des allgemeinen Friedens liegt, ist nur zu erreichen, wenn die Verletzung der Verträge klar festgestellt wird, wenn eine ausreichende Sühne und Wiedergutmachung eintritt und wenn die Massnahmen für die Zukunft von dem aufrichtigen Willen aller Völkerbundsmächte getragen werden, die Heiligkeit der Minderheitenrechte nicht antasten zu lassen."

Der polnische Aussenminister Zaleski antwortete nach kurzer Einleitung über die Minderheitenrechte folgendes :

"Die Reden des Ministers Treviranus hätten in Polen eine ungeheure Erregung hervorgerufen. Solche Erklärungen, wie sie Dr. Curtius über die deutschen Absichten auf polnisches Gebiet abgegeben habe, müssten die Beziehungen der Länder sehr verschärfen und den Minoritäten abträglich sein. Seine Regierung bestreite nicht eine gewisse Anzahl von Gewaltsakten, aber die Schuldigen seien den Gerichten ausgeliefert worden. Auch die schuldigen Beamten seien bestraft. Der Wahlkampf in Polen sei gewiss sehr hart gewesen, aber nicht schlimmer als in anderen Ländern in letzter Zeit. Mehr als 300 Versammlungen der deutschen Minderheit wären ruhig verlaufen. In Deutschland hätte es bei den Septemberwahlen viel Aufruhr und auch Tote gegeben. Die Toten in Oberschlesien gehörten der Mehrheit an. Von 250 angeführten Einzelfällen des deutschen Volksbundes seien viele schon gerichtlich gesühnt. Die deutsche Regierung habe in einer Note 30 000 Streichungen aus Wahllisten erwähnt. Der Volksbund habe das nicht wiederholt und wirklich seien nur 4800 zu verzeichnen. An diesem Indiz könne man die übrigen deutschen Beschuldigungen ermessen. Die Minderheit selbst habe sich ja auch vertrauensvoll an die polnischen Gerichte gewandt. Obwohl ihr Patriotismus sehr stark sei, bilde die Insurgentenorganisation keine politische Gruppe, sondern es seien ehemalige Kriegsteilnehmer. Herr Curtius habe in Deutschland genug zu tun, wenn er sich mit den gleichen Taten des Stahlhelms befassen wolle. Wenn auf den polnischen Staat die ganze Schuld für alle Taten der Insurgenten fallen sollte, weil der Wojewode von Oberschlesien deren Ehrenvorsitzender sei, so müsse auch auf Deutschland alle Schuld für die Taten des Stahlhelms geladen werden, dessen Ehrenvorsitzender sogar der Präsident der Republik sei.

Die Klage des Volksbundes nehme er insgesamt im Prinzip an. Die Minderheitenverträge seien tatsächlich verletzt worden. Er versichere aber dem Rat, dass die Schuldigen bestraft und die Fehden wiedergutmacht würden und so die friedliche Zusammenarbeit für alle Einwohner Polens garantiert sei. Die polnische Regierung werde alles tun, um die Rechte der deutschen Minderheiten künftig zu schützen.

Aus aller Welt

Sonja hat ihn toll gemacht.

Wie der "Mansarden-König" starb.

Paris, Mitte Januar (Eig. Ber.)

SPD. Herr Louis Gouget aus Paris ist Handlungsreisender; so steht auf dem Pass, der bei seiner Leiche gefunden wurde. Das mit dem Pass hat nur formale Bedeutung. Herr Gouget hatte niemals etwas mit kommerziellen Dingen zu tun. Er reiste nur gern, und um seiner Frau diese Schwäche zu verbergen, tat er so, als ob er von einem Geschäft den Auftrag dazu erhielt. Das war vor vielen Jahren gewesen. Die Gattin war gestorben. Herr Gouget half sich allein durch das Leben. Nicht schlecht, übrigens.

Gouget besass eine kleine Rente, die es ihm erlaubte, täglich im Restaurant zu 90 Pfennig zu speisen, ein Glas Wein dazu zu trinken und abends ins Kino zu gehen. Hier im Kino begann Herr Gouget seine eigentliche Tätigkeit zu entfalten. Er knüpfte Beziehungen zu schönen Nachbarinnen an, trank in der Pause ein Gläschen schwarzen Kaffee mit ihnen und sagte so nebenbei, dass er Witwer ohne Anhang wäre. Worauf alles andere sich mit automatischer Geschwindigkeit entwickelte. Die junge Dame, meist war es ein armes Dienstmädchen, erkor den forschenden Witwer zum König ihrer Mansarde und vertraute ihm schliesslich nach und nach ihre Ersparnisse an. Ein einträgliches Dasein, das leider schon manchen, wie zum Beispiel Landru, später auf der Guillotine geführt hat. Herr Gouget mochte sich seiner Mission schon drei Jahre widmen, ohne je ertappt zu werden, als er eines Tages die Bekanntschaft von Sonja machte. Sonja war nicht wie die andern. Gewiss war auch sie nur eine arme Hausangestellte, aber sie besass ein gesundes Misstrauen gegenüber alleinstehenden besseren Herrn und überdies stammte sie aus Russland. Slawisches Blut floss in ihren Adern und als sie den Mansardenkönig im Kino kennen lernte, sagte sie es auf den Kopf zu: heiraten oder verzichten. Eine Weile taumelte Herr Gouget zwischen beiden Extremen unentschlossen hin und her, bis sich dieser Fall schliesslich zu einem tragischen Erlebnis entwickelte. Er liebte die schöne Sonja, er wollte sie heiraten und er ging hin, ihr diese Eröffnung unter vier Augen zu machen. Leider hatte Sonja gerade Besuch in ihrer Mansarde. Eine Freundin, ausgerechnet... Nun, als Herr Gouget sie bei der Angebeteten sah, nahm er Reissaus, von wahnsinniger Angst ergriffen: Sonjas Freundin war auch eine von jenen, denen er einst ewige Liebe geschworen und die er um ihre Ersparnisse erleichtert hatte.

Es scheint, dass Herr Gouget noch einen guten Kern in sich barg. Er fuhr nach Bar-le-Buc, mietete sich ein Hotelzimmer und erschoss sich hier. Die Polizei inzwischen benachrichtigt, schlug das Verfahren gegen den Heiratsschwindler nieder. Mehr als zwanzig arme Mädchen weinen dem Verstorbenen keine Träne nach.

+ + +
Der Raubmord im Berliner Kino. Die Vermutung, dass der am Dienstag abend in Neukölln niedergeschossene Geschäftsführer des Mercedes-Palastes, Direktor Schmoller, einem Raubmord zum Opfer gefallen ist, bestätigt sich auf Grund der Untersuchung der Mordkommission der Berliner Kriminalpolizei. Schmoller begab sich nach der Neun-Uhr-Vorstellung in sein im ersten Stock des Kinogebäudes gelegenes Büro, das so schalldicht abgeschlossen ist, dass ein Schuss von aussen nicht gehört werden kann. Diese Tatsache muss der Mörder, auf dessen Ergreifung eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt ist, gewusst haben. Ebenso muss er den ziemlich komplizierten Weg, der in den Büroraum führt, gekannt haben. Ausserdem hat er offenbar genau gewusst, wann die Abrechnung der Tageseinnahme erfolg-

te. Als die Abrechnung gegen 9½ Uhr 'abends begann, muss sich der Mörder bereits in der Nähe des Schmoller'schen Zimmers versteckt gehalten haben. Er betrat das Zimmer des Geschäftsführers, als die Kassiererinnen ihr Geld abgeliefert hatten und ausser Hörweite waren. Ein Lampf scheint nicht stattgefunden zu haben. Der Todesschuss traf Schmoller in die Brust und durchschlug eine Schlagader. Der Tote fiel mit dem Kopf auf den Schreibtisch; als er aufgefunden wurde, sah es aus, als ob er schlief. Der Täter hatte sämtliche Geldscheine von den Zahlbrettern zusammengerafft und nur das Silbergeld liegen lassen. Ausserdem hatte er den Tresor des Zimmers geöffnet, in dessen Tür die Schlüssel stecken. Insgesamt erbeutete der Mörder 875 Mark. Später löste sich aus der Pistole, wahrscheinlich durch Zufall, ein zweiter Schuss, der die Holztür durchschlug, im Eisenbeschlag aber stecken blieb. Die Tat durfte nur ungefähr zehn Minuten in Anspruch genommen haben. Von dem Täter fehlt bisher jede Spur.

+ + +

Selbstmörder verschluckt Rasierklingen. Ein wegen zahlreicher Betrügereien verhafteter Schlafwagenschaffner namens Arpad Magyar aus Budapest versuchte sich auf ungewöhnliche Weise das Leben zu nehmen. Er schluckte während seines Transportes zur Polizei ein Dutzend Rasierklingen herunter, ohne dass die ihn begleitenden Polizisten etwas davon merkten. Als der Verhaftete jedoch daran ging, auch Nadeln und Nägel zu verschlucken, wurden die Beamten auf die Absichten des Betrügers aufmerksam und fuhren ihn sogleich in eine Klinik. Magyar, der sofort operiert werden musste, liegt schwer darnieder.

+ + +

Die schwarzweissrote Korruptionisten. Der Skandal der deutschnationalen Pfandbriefamtdirektoren zieht immer weitere Kreise. So werden jetzt gegen die Direktoren und Aufsichtsräte des Pfandbriefamts und der Stadtschaftskasse neue Vorwürfe, diesmal wegen ihrer Kreditgewährung erhoben, durch die die Mieten für Neubauten in die Höhe getrieben worden seien. In einer Pressekonferenz versuchten Hugenbergs Pfandbriefamtsdirektoren den Journalisten ihre "Unschuld" plausibel zu machen; der Versuch misslang kläglich. Le Viseur und Wege konnten keinen der sehr schweren Vorwürfe, die gegen sie erhoben werden, auch nur im geringsten entkräften.

Der unglaubliche deutschnationale Skandalfall wird wahrscheinlich schon am Donnerstag die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschäftigen, da die sozialdemokratische Rathausfraktion einen Antrag eingebracht hat, in dem es heisst "Ist der Magistrat bereit, die Gründe bekannt zu geben, die ihn in der Angelegenheit Wege - Le Viseur = Pfandbriefamt zur Meldung an den Oberpräsidenten veranlassten? Ist der Magistrat ferner bereit, die Massnahmen bekanntzugeben, die getroffen werden müssen, um normale Zustände in den bei der Erörterung dieser Angelegenheit genannten Körperschaften herbeizuführen, in denen die Herren Wege, Le Viseur und andere ihrer Parteifreunde massgeblich tätig waren?"

Hugenbergs Presse schweigt natürlich auch den neuesten Korruptionsskandal tot.

+ + +
Die Jagd nach dem Tausend - Gold.

Ein Nazi als geistiger Vater des Schwindelunternehmens!

SPD. München, 21. Jan. (Eig. Drahtber.)

Das Interesse an dem Münchener Goldmacherprozess hält unvermindert an. Am dritten Verhandlungstag war der Zuhörerraum ständig überfüllt. Das Verhör des Angeklagten füllte den ganzen Vormittag aus. Der Vorsitzende wollte vor allem näheren Aufschluss über die Goldgutscheine der Firma Tausend, insbesondere über ihre Deckung. Man sollte es nicht für möglich halten, wie blindlings die Erwerber solcher "Goldscheine" ihr Vertrauen in die Goldmacherskunst Tausends setzten. Die wenigsten kümmerten sich um den Gegenwert der Papiere, dabei waren es zumeist Leute, die in normalen Geldgeschäften immerhin über einige Routine ver-

fügen. Tausend behauptet heute, dass die Scheine durch Bestände an "Material 164" gedeckt seien. Ueber die Lagerplätze der sagenhaften Bestände schweigt er sich allerdings nach wie vor aus. "Besser als die alten Tausender waren meine Scheine auf jeden Fall", so meint er mit verständnisvollem Lächeln.

Die Rolle des Nazi=Stadtrats.

Zu den wenigen Geldgebern Tausends, die zwar nichts in der Goldmacherei, aber um so mehr in der Geldmacherei profitierten, gehört in erster Linie der frühere Münchener Stadtrat und Rechtsanwalt Dr. Buckeley. Ueber die Art und Grösse seiner Rolle in der Tausend=Affäre wird man wohl nie restlos aufgeklärt werden, denn Buckeley ist als Zeuge unauffindbar. Er soll sich irgendwo in Südamerika herumtreiben. Nach der Angabe Tausends ist Buckeley der Verfasser des Gesellschaft=Statuts. Er soll im ganzen nur etwa 14 000 Mark in die Gesellschaft hineingesteckt, bei seinem Weggang aber 180 000 Mark gefordert und durch Vermittlung der Wiener Geldgebergruppe Schöllner 90 000 Mark ausgezahlt erhalten haben. Später eröffnete Buckeley mit seinem Gesinnungsgenossen Küchenmeister in Freiberg in Sachsen eine eigene Goldmacherei. In der Folgezeit machten die beiden Goldfabrikanten einander bittere Konkurrenz und jagten sich gegenseitig Mitarbeiter ab. Der Freiburger Betrieb muss sich nicht recht rentiert haben, was den Nazi=Stadtrat veranlasst haben mag, wieder reumütig zu Tausend zurückzukehren.

Tausend=Gold und Hakenkreuz.

Ganz grosse Pläne mögen in dem Gehirn des sächsischen Textilfabrikanten Küchenmeister gespielt haben. Tausend, der von sich immer wieder behauptet, von Politik überhaupt nichts zu verstehen, erzählte, dass Küchenmeister wiederholt für politische Zwecke Gelder an die Goldmacherei abgeführt habe. Küchenmeister, der Autorverleiher der Rathenau=Mörder, sei seinerzeit viel mit der Wahlagitation für die nationalsozialistische Partei beschäftigt gewesen.

Einer der am meisten Geschädigten unter den Gläubigern des Goldmachers ist der Fabrikbesitzer Mainhold in Plauen. Die Anklage beziffert seinen Schaden auf ca. 325 000 Mark, für die der vertrauensselige Geldgeber mit 60 % verzinsliche Goldgutscheine von Tausend in die Hände bekam. Tausend meint allerdings, Mainhold nur noch 180 000 Mark zu schulden, weil er ihm inzwischen einiges zurückgezahlt habe. Die Mutter Mainholds ist aus Gram über den Verlust des Vermögens gestorben, ihr Sohn ist ihr kurze Zeit darauf in den Tod gefolgt. Die Schadensansprüche betreibt ein Bruder.

Tausends Schub aus Südtirol.

Am Schluss seines Verhörs kam Tausend noch auf seine Auslieferung aus Tirol zu sprechen. Er protestierte gegen diese Auslieferung, bei der es nach seiner Meinung nicht mit rechten Dingen zugegangen sei. Dem Auslieferungsbegehren sei von der italienischen Regierung nur für zwei Betrugsfälle stattgegeben worden. Es sei nach seiner Ansicht eine Verletzung der Auslieferungsbedingungen wenn ihm heute der Prozess im Umfange der Anklageschrift gemacht werde. Bei diesem Prozess handele es sich um eine politische Angelegenheit, für die dem Auslieferungsbegehren niemals stattgegeben werde. Schon am Donnerstag werde ein Zeuge gehört werden, aus dessen Mund "die Presse der ganzen Welt" erfahren werde dass es sich bei seinem Prozess um eine rein politische Angelegenheit handele. Der Richter beruhigte den Angeklagten mit der Feststellung, dass der Auslieferungsantrag an die italienische Regierung später ergänzt wurde und völlig in Ordnung sei. Er stimme auch mit der Anklageschrift überein.

Das Geld der Hitler=Braut.

Am Nachmittag begann die Beweisaufnahme. Als erster Zeuge trat Universitätsprofessor Dr. Lautenschläger-Frankfurt a.M. auf. Er hatte einem Versuch in der Arbeitsstätte des Angeklagten in Aubing im Jahre 1924 beigewohnt, bei dem Morphinium aus Kochsalz und Gold aus Quecksilber hergestellt werden sollte. Die Versuche, die mit primitiven Hilfsmitteln durchgeführt wurden, seien negativ verlaufen. Der Professor konnte auch aus den Theorien des Chemikers nicht klar werden.

Nächster Zeuge war der vielerwähnte Münchener Referendar Rienhardt, der erste Geldgeber Tausends und bekannt als eifriger Hitleranhänger mit vielen guten Verbindungen zu den sogenannten nationalen Kreisen. Rienhardt hatte dem Tausend auf ein Zeitungsinserat hin ein Darlehen von 100 000 Mark von seiner Braut gegeben. Als Laie hatte er das Gefühl, dass an den Arbeiten Tausends sicher etwas dran sei. Er gründete mit ihm zusammen dann die Tausend & Rienhardt G.m. b.H., nachdem Tausend ihm weisgemacht hatte, dass er nur auf eigenem Grund und Boden arbeiten könne. Daraufhin hatte der Zeuge nichts mehr gegen den Erwerb des Schlossgutes Paschbach in Südtirol einzuwenden. Nach einer Reihe ergebnisloser Experimente trennte sich der Zeuge vorübergehend von Tausend, wurde aber wieder Feuer und Flamme für ihn, als ihm Tausend im Frühjahr 1925 schrieb, seine Arbeiten hätten jetzt greifbare Ergebnisse. Er, Tausend, wolle die Sache dem Volkwohl zur Verfügung stellen und bitte Rienhardt deshalb, den Reichspräsidenten Hindenburg als Treuhänder zu interessieren. Rienhardt tat es, jedoch ohne Erfolg und gab schliesslich Tausend den Rat, sich an Ludendorff zu wenden. Ludendorff habe eingewilligt, Tausend zu empfangen.

"Nationale" und tiefere Gründe.

Nun wurde der Kreis um den Goldmacher bald grösser. "Nationale" Männer wie Küchenmeister, von Han u.a. kamen hinzu und als Sachverständiger der Chemiker Kummer. Die Leute machten zum Teil selbst Versuche auf Grund der Tausend'schen Lehre, die nach der Behauptung des Zeugen alle positiv ausgefallen seien. Jetzt sollte man die Sache aus "nationalen Gründen" beschleunigt vorwärts treiben. Richter: "Na, nationale Gründe, es dachte doch wohl zunächst jeder daran, Profite zu erzielen."

Der Zeuge versuchte es später selbst einmal mit grösseren Mengen, war aber furchtbar enttäuscht, als er am Boden seines Schmelztiegels vergeblich Goldkörnchen suchte. Bei der Gründung der neuen Gesellschaft wollte man Tausend von allen geschäftlichen Dingen möglichst fernhalten; er sollte gar nicht wissen, mit wem und zu welchem Zwecke er arbeite. General Ludendorff war die Hereinnahme des Rechtsanwalts Dr. Buckeley in die Gesellschaft gar nicht angenehm. Dem Buckeley seien bei seinem Eintritt in die Gesellschaft keinerlei Experimente vorgeführt worden, da er erklärte, auch ohne diese der Persönlichkeit Tausends zu vertrauen. "Einem Manne mit so wundervollen Christusaugen kann man ohne weiteres Vertrauen schenken", erklärte am Ende seiner Aussage der erleuchtete Hitlerjurist....

+ + +
Drei Kinder erstickt. Im Hause eines Bergarbeiters in Dielsburg (Köllertal, Elsass) brach Feuer aus. Während der Abwesenheit der Eltern erstickten die vier, fünf und sieben Jahre alten Kinder im Rauch.

+ + +
Mörderische Staublawine. In der Nähe von Realp im St. Gotthardt-Gebiet wurde ein Strassenarbeiter durch eine niedergehende Schneestaublawine verschüttet und getötet.

+ + +
Neuer "Bremen"-Weltrekord. Der Lloyd-Dampfer "Bremen" legte seine letzte Fahrt auf der Strecke Bremen-New York in sechs Tagen drei Stunden zurück, womit der Rekord des Schwesterschiffes "Europa" um drei Stunden unterboten ist.

+ + +
1 200 000 Francs unterschlagen. Henri Raffestin, der Direktor der "Volksbank" in Issoudun (Frankreich) hat Unterschlagungen in Höhe von 1 200 000 Franc begangen. Durch falsche Buchungen und höhere Ausschreibungen konnte Raffestin seine Veruntreuungen lange durchführen, bis eine zufällige Revision auf grössere Kassendifferenzen aufmerksam wurde, wodurch das Treiben des Direktors ans Tageslicht kam. Die Kunden der Bank werden keinen Schaden haben, da die Bank die Verluste aus ihren Reserven decken wird.



Krise und Beamtenschaft.

Kundgebung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes.

SPD. Die Nationalsozialisten setzen grosse Hoffnungen auf die Beamten. Sie glauben, dass die Beamtenschaft, wenn es wieder einmal zu einem Putsch kommt, zu 100 Prozent auf ihrer Seite stehen wird. Davon kann gewiss keine Rede sein. Allein es hiesse Vogel-Strauss-Politik treiben, wenn man so tun wollte, als ob die Beamtenschaft gegenüber dem Nazigift immun wäre. Die Verführungskünste der nationalistischen Demagogen stossen in ihr infolge der gegen sie getriebenen wüsten Besoldungshetze und der mit dem Gehaltsabbau hervorgerufenen Verbitterung leider nicht immer auf taube Ohren. Unter diesen Umständen tut eine Aufklärungskampagne unter der Beamtenschaft über die Zusammenhänge zwischen dem Volkselend unserer Tage und der faschistischen Gefahr dringend not. Diese Campagne hat der Allgemeine Deutsche Beamtenbund am Mittwoch auf seiner Bundesausschusssitzung mit einer wuchtigen Kundgebung eingeleitet. Im Mittelpunkt der Tagung stand das Thema "Wege zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise", worüber Dr. Alfred Brauntal von der Forschungsstelle referierte. Der Vortrag und die sich daran knüpfende, vielfach temperamentvoll geführte, Aussprache gipfelten in dem Ruf nach Arbeit, da nur durch sie dem Faschismus das Wasser abgegraben werden könne.

Die enge Verknüpfung des Beamtenschicksals mit der Wirtschaftskrise wurde, nachdem Kotzur vom Bundesvorstand die Vertreter der Behörden, des ADGB, der Parlamente und der Verbände begrüsst hatte, vom Reichstagsabgeordneten Dr. Voelter mit einigen einleitenden Sätzen skizziert. Die Konjunkturrempfindlichkeit der Beamtgehälter, betonte Voelter, sei seit langem immer wieder vom ADB aufgezeigt, nunmehr aber durch die Wirtschaftskrise auch dem gutgläubigsten Beamten schmerzlich deutlich zu Bewusstsein gebracht worden. Die Beamtenschaft müsse endlich ihre Lage erkennen, damit sie sich über den Weg zu einer Besserung ihres Geschicks klar werden könne.

Brauntal beleuchtete in seinem Vortrag zunächst die vom Faschismus der Beamtenschaft drohenden Gefahren. Der Abbau der Beamtgehälter sei nicht auf normalem demokratisch-parlamentarischem Weg erfolgt, sondern mit Hilfe des Notparagrafen 48. Das grosse staatspolitische Interesse der Beamtenschaft an der Behebung der Krise müsse also ohne weiteres einleuchten. Der Verlauf der Krise zeige die enge Verbundenheit der Beamtenexistenz mit der des Arbeiters; zwischen dem Beamten und Arbeiter bestehe eine Schicksalsgemeinschaft. Auch der Beamte müsse sich daher über die wirtschaftliche Not und ihre Ursachen klar werden.

Den Haupterklärungsgrund für die Krise sieht Brauntal in dem Widerspruch zwischen der riesigen Produktionskraft und der geringen Massenkaukraft. Selbst ein Unternehmerorgan wie die Internationale Handelskammer in Paris habe in einer vor kurzem angenommenen Entschliessung als Hauptkrisengrund die Tatsache angeführt, dass die Leistungsfähigkeit der Produktion viel stärker gewachsen ist als die Verbraucherkaufkraft. Das sei eine glatte Bestätigung der Kaufkrafttheorie der Gewerkschaften. Die Krise in den Vereinigten Staaten sei kein Argument gegen die Auffassung der Gewerkschaften; denn auch drüben sei der Lohn trotz starker Steigerung hinter den Investitionen zurückgeblieben; da die Lohnsteigerung seit 1927, im Rahmen der Gesamtwirtschaftsentwicklung gesehen,

zum Stillstand gekommen sei. Das amerikanische Bild sei also im Grundcharakter das gleiche, wie es das arme Deutschland zeige. Darüber hinaus seien noch besondere deutsche Merkmale festzuhalten, wie ungesunde Rationalisierungstempo, Schwächung der Kaufkraft durch die Kriegslasten, hemmungslose Entwicklung des Monopolkapitalismus usw. Aus all diesen Ursachen der Krise zog Brauntal die notwendigen Konsequenzen: relative Stärkung der Löhne, entschlossene Durchführung der Preissenkungsaktion, die grundsätzlich richtig aber unzureichend sei, Herabdrückung der überhöhten Monopolpreise, Abkehr von der infolge falscher liberalistischer Wirtschaftstheorien vorgenommenen Verkoppelung der Preissenkungsaktion mit einer allgemeinen Lohnsenkung sowie Loslösung von dem Wahn, die Wirtschaftskrise mit einer gleichmässigen Lohn- und Preissenkung zu bekämpfen, und schliesslich schärfster Kampf gegen den Faschismus nicht nur aus politischen, sondern auch aus rein wirtschaftlichen Gründen. Deutschland könne unmöglich noch einmal einen Kapitalverlust ertragen, wie er nach den Hitlerwahlen infolge der direkten und indirekten Kapitalflucht eingetreten sei. Jede Nachgiebigkeit gegenüber dem Faschismus verhindere die notwendige Senkung des Reichsbankdiskonts, die sich infolge des Devisenabflusses noch immer verzögere. Das genaue Gegenteil von dem, was der Faschismus predige, sei der Weg aus der Krise: nicht Krieg oder Bürgerkrieg und Terror, sondern nur Friede und Freiheit schafften Brot.

In der Aussprache beleuchteten Lengersdorf und Stetter vom Gesamtverband das von Brauntal behandelte Problem von der entgegengesetzten Seite. Sie betonten, nur die Beschaffung von Arbeit und Brot durch jede mögliche und praktisch irgendwie durchführbare Hilfsmassnahme sichere Frieden und Freiheit, sei also die wirksamste Waffe zur Abwehr des Faschismus. Lengersdorf kritisierte scharf die skandalös, bewusst herbeigeführte Finanzverknappung in den Gemeinden und die Lahmlegung der öffentlichen Wirtschaft in der Arbeitsbeschaffung. Vor einem Jahr habe Stegerwald vor den Gewerkschaften grosse Worte gemacht und davon gesprochen, dass in Kürze für einige hunderttausend Bauarbeiter Arbeit beschafft werde. Nichts von alledem sei eingetroffen. In allen von der Arbeitslosigkeit heimgesuchten Ländern suche man mit Hilfe von Arbeitsbeschaffung den mit der Not verbundenen politischen und moralischen Gefahren solange vorzubeugen, bis auf natürlichem Wege eine Besserung wieder eintrete. Nur in Deutschland warte man allem Anschein nach auf ein Wunder. Stetter zeigte an Hand verschiedener Beispiele, wie in den einzelnen Ministerien im Reich wie in Preussen von den Behörden allerhand zur Linderung der Arbeitslosigkeit getan werden könne. Von Gewerkschaften und Partei müsse unter allen Umständen mehr Aktivität erwartet werden, damit den Verantwortlichen eingeheizt werde. Der Druck des § 48 werde immer nur gegen die Arbeiter angewandt, während Unternehmer und Nazis sich gegenseitig in die Hände arbeiten könnten. Die Nazis rühmten sich bereits, dass die auf die Strasse geworfenen Arbeiter nur mit ihrer Hilfe, d.h. also nicht durch die Arbeitsämter wieder Arbeit bekommen. Gegen die systematische Diskreditierung der Republik könnten nur Taten helfen.

Die Kundgebung schloss mit der Annahme einer Entschliessung. Darin wird gefordert: Beseitigung der künstlichen Hochhaltung der Preise durch monopolistische Bindungen, Kürzung der Arbeitszeit, Stärkung der Kaufkraft, Einstellung des Lohn- und Gehaltsabbaus, handelspolitische Verständigung, Revision der Reparationsverpflichtungen, Stärkung der Republik und rücksichtslose Abwehr aller faschistischen Bestrebungen.

SPD. Im Faschistenparadies häufen sich die Pleiten. Wie aus amtlichen Zusammenstellungen ersichtlich ist, wies das Jahr 1930 allein in Mailand 2542 Konkurse auf gegenüber 1927 im Vorjahr. Von den letztjährigen Konkursfirmen hatten 1920 Passiven bis zu 100 000 Lire, 505 bis zu 1/2 Million, 56 bis zu 1 Million und 61 über 1 Million. Das sind Rekordziffern. Mussolini kann sich sehen lassen.

SPD. Der Niederländische Gewerkschaftsbund wird einen gewerkschaftlichen Jugendrat ins Leben rufen. In ihm sollen neben Vertretern aller gewerkschaftlichen Jugendorganisationen auch zwei Vertreter des Vorstandes der Länderzentrale und ein Vertreter der Niederländischen Arbeiterjugend Sitz und Stimme haben. Der Jugendrat, der die gesamte gewerkschaftliche Jugendarbeit zu behandeln hat, muss jedes Jahr Bericht erstatten.

SPD. Der Bund der technischen Angestellten und Beamten (Butab) hatte im vergangenen Jahr trotz der Krise einen Zuwachs von rund 4 000 Mitgliedern zu verzeichnen, so dass seine Gesamtmitgliederzahl sich bis zur Jahreswende auf fast 70 000 erhöhte.

Die Zahl der stellenlosen Mitglieder des Bundes stieg im Verlauf des vergangenen Jahres von 3300 auf 8700; das sind fast 14% der ordentlichen Mitglieder des Bundes - ein Verhältnis, wie es seit Bestehen der Butab noch nie zu verzeichnen war. An seine stellenlosen Mitglieder zahlte der Bund 1930 insgesamt 876 000 Mark Unterstützung. Die gesamten Unterstützungsleistungen betragen 1930 mehr als 1 Million Mark, d.h. etwa ein Drittel seiner Beitrags-einnahme. Neben einer Unmenge von Verhandlungen mit privaten und öffentlichen Arbeitgebern wurden mehr als 2000 Gerichtsprozesse für die Mitglieder durchgeführt. In diesen Prozessen wurden von den Mitgliedern über 1,5 Millionen Mark an verweigerten Gehältern, Provisionen und Abfindungen erstritten.

Schwer wie der Kampf um Erlangung von Arbeitsplätzen war die Abwehr der Lohn- und Gehaltsabbauaktion. Sie ist noch immer nicht abgeschlossen, wie die soeben stattgefundenen Verhandlungen für die Ruhrbergbauangestellten zeigen, die nun ebenfalls mit einem Abbau von 6% beglückt werden sollen. Überall gab es Kündigungen von Leistungszulagen, Rückgruppierungen und Gehaltskürzungen infolge von Kurzarbeit oder durch einfaches Diktat des Unternehmers. Ohne den Schutz und den Widerstand des Bundes würde das Unternehmertum mit den Angestellten Katz und Maus gespielt haben.

SPD. Essen, 21. Jan. (Eig. Drahtb.)

In Essen fanden am Mittwoch auf Veranlassung des Zechenverbandes Verhandlungen über einen Abbau des Gehaltes der technischen und kaufmännischen Angestellten des Ruhrbergbaus statt. Die Verhandlungen mit den Verbänden beider Gruppen sind gescheitert. Der Schlichter wird am Freitag-Vormittag in Essen mit beiden Gruppen gemeinsam und mit dem Zechenverband weiterverhandeln.

SPD. Der Reichsarbeitsminister hat am Mittwoch den Schiedsspruch für die sächsische Metallindustrie für verbindlich erklärt, der eine Herabsetzung der Löhne für die Lohnarbeiter um vier und für die Akkordarbeiter um fünf Prozent bringt. Die Industriellen hatten gegen den Schiedsspruch Stellung genommen, weil ihnen die Lohnsenkung nicht genügend hoch erschien. Sie hatten sogar ein Telegramm an den Reichskanzler gesandt mit der Bitte, die Verbindlichkeitserklärung zu verhüten.

Das neue Osthilfegesetz.

Nach der Ostreise des Reichskanzlers.

SPD. Die Reise des Reichskanzlers Brüning durch die Ostprovinzen hat die Arbeiten für die Durchführung eines neuen Osthilfegesetzes beschleunigt. Das Reichskabinett beschäftigt sich bereits mit den neuen Entwürfen, und es dürfen schon in den nächsten Tagen Entscheidungen zu erwarten sein. Die Reise des Kanzlers war insofern von erheblicher Bedeutung, als jetzt die Frage im Vordergrund steht, ob die Osthilfeaktion ausser auf Ostpreussen und kleinere Teile anderer Ostprovinzen auch auf das ganze Gebiet Pommerns, auf Brandenburg und die beiden Länder Mecklenburg ausgedehnt werden soll. In diesem Falle würden erheblich grössere Mittel erforderlich, was wahrscheinlich bedeuten würde, dass die ganze durch den Youngplan zunächst freigewordene Industrieumlage herangezogen werden würde (Silverberg-Vorschlag), und zwar 200 Millionen im Jahre 1932, 160 im Jahre 1933 und je 120 Millionen in den Jahren 1934 bis 1936. An den Grundsätzen der geplanten Aktion braucht diese Ausdehnung, der sehr grosse Bedenken entgegenstehen, aber nichts zu ändern.

Soweit bis jetzt bekannt ist, übernimmt der neue Entwurf im wesentlichen den Aufbau des alten Osthilfegesetzes und gründet sich auf die zwischen Preusse und dem Reich vor einigen Monaten festgelegten Richtlinien.

Für die Umschuldung von landwirtschaftlichen Betrieben war in der Notverordnung für 1930/31 die Uebernahme von Bürgschaften im Betrage von 100 Millionen Mark vorgesehen, während innerhalb des Kriegslastenhaushaltes für 1931 = 8 Millionen Mark bereitstehen. Nach dem neuen Osthilfegesetz sollen 100 Millionen Mark darlehensweise zur Verfügung gestellt werden und zwar je 50 Millionen Mark für die beiden Jahre 1931 und 1932. Weitere 100 Millionen sind ausserdem als Bürgschaften für die Umschuldung vorgesehen, und zwar 10 Millionen für 1931 je 20 Millionen für die Jahre 1932, 1933, 1934 und 1935 und 10 Millionen für 1936.

Für die Betriebssicherung (Massnahmen zur Ergänzung der eigentlichen Umschuldungsaktion) waren im Etat für 1931 nur 20 Millionen Mark vorgesehen. Jetzt sollen auf die Dauer von 4 Jahren ab 1932 insgesamt 100 Millionen Mark, also jährlich 25 Millionen Mark bereitgestellt werden. Offen ist die Frage, ob ausserdem noch Bürgschaften für die Betriebssicherung im Betrage von 100 Millionen Mark vom Reich und von Preussen übernommen werden sollen. Aus diesen Betriebssicherungsfonds will man Betriebe vorübergehend subventionieren, die nicht eigentlich überschuldet sind, aber doch den Zinsendienst und fällige kurzfristige Schulden nicht voll bezahlen können, ferner solche bereits hoch verschuldete Güter, bei denen die Gläubiger aus Angst, ihre Forderungen vollständig einzubüssen, keine Zwangsversteigerungen herbeiführen, so dass diese Betriebe zwar nicht unter den Hammer kommen, aber allmählich absterben müssen. Ferner sollen solche Güter wieder hochgebracht werden, die zwar ohne Schulden sind, deren Gutsinventar aber wegen der Unterlassung des notwendigen Kapitalaufwandes unzureichend oder unbrauchbar geworden ist.

In engem Zusammenhang damit steht die geplante Neuregelung der Befugnisse der Landstellen, die die Verteilung, Organisation und Ueberwachung der Umschuldungshilfe und die Durchführung der Betriebssicherung auszuüben haben. Aus der Vergangenheit und aus der grossagrarisches Agitation gegen Preussen ist be-

kannt, dass hier die umstrittensten Probleme der Osthilfe liegen, da die Gefahr besteht, dass die Betriebssicherung durch die Tätigkeit und durch die Zusammensetzung der Landstellen einfach nur zu einer unfruchtbaren Subvention grossagrarischer Rittergüter werden kann, ohne dass den eigentlichen landwirtschaftlichen Nöten im Osten abgeholfen wird. Die Landstellen sollen ermächtigt werden, von den Landwirten Vermögensaufstellungen und eidesstattliche Erklärungen anzufordern.

Die landwirtschaftliche Siedlung, eines der wichtigsten Mittel zur Gesundung der agrarischen Verhältnisse im Osten, soll mit besonderem Nachdruck betrieben werden. Es ist daran gedacht, besonders in den dünnbevölkerten Gebieten die Neu- und Anliegersiedlung stark zu fördern, wozu Bürgschaften und Darlehen bis zum Betrage von 150 Millionen Mark bereitgestellt werden sollen. Zur Lastensenkung, d.h. zur Senkung der Realsteuern und zur Verminderung der Schiffsabgaben ist die Bereitstellung von Mitteln in gleicher Höhe wie für 1931, d.h. 30,3 Millionen Mark für die Jahre 1932 bis 1935 beabsichtigt.

Neben den Massnahmen für die Landwirtschaft sollen auch Handel, Handwerk und Gewerbe unterstützt werden. Wie schon im alten Osthilfegesetz ist eine Frachtermässigung geplant, deren Kosten auf 15 bis 20 Millionen Mark veranschlagt sind, während im Etat von 1931 für diese Zwecke nur 12 Millionen Mark vorgesehen waren. Vom preussischen Handelsministerium ist ferner der Vorschlag gemacht worden, im Osten auf die Aufbringungsumlage (Industriebelastungsgesetz) zu verzichten, was für das Reich einen Einnahmeausfall von 10 bis 12 Millionen Mark bedeuten würde.

Zur Förderung des sozialen und kulturellen Lebens im deutschen Osten sollen von 1932 bis 1935 jährlich je 20 Millionen Mark verwendet werden. Hier wird die Öffentlichkeit besonders auf die Verwendung der Mittel zu achten haben. Entsprechend den preussischen Vorschlägen, auch entsprechend dem alten Osthilfegesetz ist ein Reichsdarlehen von 130 Millionen Mark an die Reichsbahngesellschaft vorgesehen, das der Erbauung neuer Eisenbahnlinien und der sonstigen Verbesserung der Verkehrsverhältnisse (wahlweise Errichtung von Kraftfahrlien) dienen soll. Wie dieses Kapital beschafft werden soll, ist natürlich eine offene Frage.

Ueber die wichtigste Frage, die Finanzierung des neuen Osthilfeprogramms bestand bisher noch wenig Klarheit. Geplant ist, die Mittel für die Umschuldungsaktion dem Aufkommen aus der Industriebelastung zu entnehmen. Ferner sollen zur Einlösung verzinslicher, fünf Jahre laufender Verpflichtungsscheine zentraler Kreditinstitute abermals 90 bis 100 Millionen freigemacht werden. Auch rechnet man mit 75 Millionen Barmitteln von der Rentenbank-Kreditanstalt und der Preussenkasse. Für den Rest der nicht aus den Steuereinnahmen des Reiches stammenden Mittel müssten zumindestens von Reich und Preussen weitgreifende Bürgschaften übernommen werden. Die Finanzierung des Ostprogramms ist jedenfalls heute noch, da bei der Finanzlage von Reich und Preussen nicht verwunderlich ist, die größte Aufgabe des Reichskabinetts.

SPD. Im Haushaltsausschuss des Reichstages wurde der Aufwendung weiterer öffentlicher Mittel zur Aufrechterhaltung des Kupferbergbaus im Mansfeldrevier für die beiden Jahre 1931 und 1932 zugestimmt.

Den Verhandlungen lag eine Denkschrift der Reichsregierung zugrunde, der wir folgende für die Beurteilung des aussergewöhnlichen Subventionierungsvorganges wichtigen Feststellungen entnehmen; Für die Haltung der Regierung ist nach der Denkschrift lediglich das öffentliche, und zwar sowohl das finanzielle als sozialpolitische und volkswirtschaftliche Interesse an der Aufrechterhaltung des Mansfelder Kupferbergbaus massgebend. Die finanziellen Auswirkungen der Stillegung für die Allgemeinheit seien auf Grund der Mindereinnahmen und Mehrbelastungen für die öffentlichen Stellen auf jährlich 25 Millionen Mark zu

berechnen. Die Stilllegung habe die Arbeitslosigkeit von 12 000 Arbeitern und Angestellten und die Existenzzerstörung für 30 000 Menschen zur Folge. Dazu komme die Tatsache, dass der Fortfall der Kupfererzeugung bei Mansfeld zu einer Mehreinfuhr im derzeitigen Werte von 33 Millionen Mark jährlich führen würde. Bemerkenswert und neu in der bisherigen Diskussion ist auch die Hervorhebung der Bedeutung der Mansfeld'schen Kupfererzeugung für die deutschen Wehrinteressen (die freilich schon 1924 einmal eine Mansfeldsubvention herbeigeführt haben). Die offiziell eingeholten Gutachten rechnen bei einem Kupferpreis von 10,50 Cents für das englische Pfund (450 Gramm) und bei einem Silberpreis von 45 Mark je Kilo für die Kupferbetriebe mit einem Jahresverlust von 8 Millionen Mark. Da die jetzigen Preise niedriger seien, erhöhe sich der Ausfall um 1,2 Millionen, der aber durch die neuerdings durchgeführten Lohn- und Gehaltssenkungen fast ausgeglichen werde.

Das mit der Reichs- und Staatsregierung zu treffende neue Abkommen sieht zur teilweisen Deckung des Betriebsverlustes bis Ende 1932 einen jährlichen Höchstzuschuss von 5,4 Millionen vor; dieser Zuschuss soll in monatlichen Raten bezahlt werden und sich jeweils in dem Masse verringern, als die Kupfer- und Silberpreise wieder ansteigen. Um die von den Gutachten als wahrscheinlich bezeichnete Wiederherstellung der zukünftigen Wirtschaftlichkeit bald sicherzustellen, ist eine weitere Beihilfe von jährlich 1,2 Millionen für Betriebsverbesserungen vereinbart. Reichswirtschaftsministerium und preussisches Handelsministerium haben über die Verwendung dieser Gelder mitzubestimmen.

SPD. Die oft erörterte Möglichkeit, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Ostpreussens auch durch neue Industriesiedlungen zu fördern, wird durch die beabsichtigte Gründung einer Zementfabrik jetzt praktisch zur Diskussion gestellt. Unter der Firma "Ostzement G.m.b.H." ist in Königsberg eine Gesellschaft gegründet worden, die die Fabrikanlagen der ehemaligen Union-Giesserei zur Errichtung einer neuen Zementfabrik ausnutzen wollen. Mit den notwendigen Umbauten soll schon im Sommer begonnen werden. In Ostpreussen bestand bisher keine Zementfabrik, und der Zement dürfte durch hohe Frachten verhältnismässig teuer gewesen sein.

SPD. Die wirtschaftamtlichen Nachrichten der Sowjetregierung kündigen an, dass Russland in absehbarer Zeit zu neuen Getreideexporten übergehen werde. Der Versorgungskommissar der Sowjet-Union Tschernow behauptet, dass die bis zum Januar bereitgestellten Getreidemengen die vorjährigen Getreideankäufe sehr erheblich übersteigen. Die Bereitstellungen von Getreide näherten sich dem Vorkriegsniveau und dürften im Endergebnis das Vorkriegsniveau noch um 5 % übertreffen. Nach den bisherigen Erfahrungen sind diese Behauptungen wahrscheinlich übertrieben. Immerhin ist die Ankündigung für die Beurteilung der Entwicklung der Getreidemärkte nicht unwichtig.

Steigende Preise.

(Berliner Getreidebörse vom 21. Januar.)

SPD. Am Markte der Zeitgeschäfte der Berliner Produktenbörse lagen die Eröffnungsnotierungen am Mittwoch für Weizen um 1 bis 2 Mark, für Roggen um ca. 1 Mark höher. Auch im Handel mit prompter Ware waren Freisauflösungen etwa gleichen Umfanges festzustellen. Die festere Stimmung war eine Folge des wieder knapper gewordenen Angebots. Dazu trat beim Weizen der Umstand, dass hinsichtlich einer Lockerung des Beimahlungszwanges noch keine Beschlüsse gefasst zu sein scheinen. Gleichzeitig machte sich auch für beide Brotgetreidearten eine etwas bessere Kauflust der Mühlen bemerkbar. Mehl hatte weiter sehr ruhiges Bedarfsgeschäft. Hafer war ausreichend angeboten, ohne auf grösseres Interesse zu stossen.

	<u>20. Jan.</u>	<u>21. Jan.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	255 - 257½	257 - 259
Roggen	153 - 156	154 - 157
Braugerste	199 - 213	199 - 213
Futter- und Industrierogerste	188 - 194	188 - 194
Hafer	138 - 145	138 - 145
Weizenmehl	29,50 - 36,75	29,50 - 36,75
Roggenmehl	23,60 - 26,60	23,60 - 26,60
Roggenkleie	9,10 - 9,60	9,10 - 9,50
Weizenkleie	10,40 - 10,60	10,40 - 10,60.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 277½ - 278½ (Vortag: 275½), Mai 285 - 287 (284), Juli 290 (-). Roggen März 177 und Geld (176), Mai 182-182½ (181), Juli 185 - 186 (184½), Hafer März 155 (153½), Mai 162½ und Geld (161), Juli 168½ (167).

SPD. Die Chemnitzer Wandererwerke A.G., mit einem Kapital von 15,7 Millionen eine der grössten deutschen Kraftfahrzeug- und Fahrradfabriken, legt für das am 30. September beendete Geschäftsjahr 1929/30 einen verhältnismässig günstigen Abschluss vor. Der nach den dividendenreichen Vorjahren überraschend hohe Verlust von fast zwei Millionen Mark im Jahre 1928/29 konnte im Berichtsjahr in einen kleinen Reingewinn von 74 000 Mark verwandelt werden. Da im letzten Jahr der Automobilumsatz um rund 30 % und der Motorradumsatz sogar um 42 % gesunken ist - von dem seit Jahren daniederliegenden Fahrradabsatz schon nicht zu reden - muss also die Wandererwerke A.G. ihren Anteil am Gesamtumsatz entschieden vergrössert haben. Einsparungen bei der Fabrikation und bessere Beschäftigung der Nebenbetriebe - Rechenmaschinen und Werkzeuge - werden allein kaum genügt haben, das Gesamtergebnis in diesem Umfang zu verbessern. Die kräftige Senkung der Schulden von 12 auf 7,8 Millionen Mark deutet darauf hin, dass der Abbau der Läger im letzten Jahr Fortschritte gemacht hat. Die Beschäftigung im laufenden Betriebsjahr wird bisher als befriedigend bezeichnet.

SPD. Die Autoproduktion der Vereinigten Staaten von Nordamerika betrug im ganzen Jahr 1930 nur 3,51 Millionen Wagen, was gegenüber der Erzeugung von 1929 einen Rückgang um nicht weniger als rund 40 % bedeutet.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 21. Januar 1931

In der Südsee.

SPD. So oft ein europäisches Schiff einen australischen Hafen anläuft, verschwindet ein grosser Teil der Mannschaft auf Nimmerwiederfinden in den Weiten und Leeren dieses menschenfreundlichen Kontinents, in dem es viele ehrwürdige Nachfahren von Ausreissermatrosen und entwichenen Sträflingen gibt. Und so oft es wieder heimwärts geht, müssen die klaffenden Lücken der Schiffsbesatzung durch "australische" Seeleute, vielfach ehemalige Ausreisser, gefüllt werden, die jetzt doppelte und dreifache Heuer verlangen und besonders rücksichtsvoll behandelt sein wollen. Die Kapitäne müssen also auf ihrer Hut sein, wenn ihr Schiff einen australischen Hafen anläuft. Als daher die "Scottish clans" an der Pier von Melbourne festgetaut wurde, beschloss unser shipper, die von Norwegen schon ziemlich angewachsenen Seemannslöhne zurückzuhalten, und er setzte überdies für jeden zurückgebrachten Ausreisser eine Prämie von 15 Pfund Sterling aus. Das sind keine ungewöhnlichen Massnahmen, doch noch weniger sind es wirksame Schreckmittel. Wir waren fest entschlossen - unser drei wenigstens - von der unter norwegischer Flagge segelnden "Scottish clans" dennoch auszurücken. Was unsre Jungens stutzig machte, das waren die Vorgänge auf dem neben uns liegenden Dreimaster "Hellen Brothers", der unter belgischer Flagge segelte. Die Leute rückten dort mitsamt ihren Seesäcken in geradezu zynischer Offenheit aus. Sie zeigten sich sogar öffentlich in einem Auto, von dem sie eine Wurstkette herabhängen liessen, der die ganzen Köter von Port Melbourne schnappend und sich balgend nachlegten. Und ganz unerklärlicherweise bewahrte der Kapitän der "Hellen" gegenüber seiner hinschwindenden Besatzung eine göttliche Ruhe und Gleichgültigkeit. Tagsüber soff er gelassen seinen Strich weiter, und Nachts brachte er Weiber an Bord, schwarze, blonde und rote. Bald gab es nur noch höhere Chargen auf der "Hellen brothers". Aber selbst die Offiziere dieses Schiffes schienen nicht standzuhalten, sondern verflüchtigten sich ihrerseits wie Morgennebel in der Sommersonne.

So nahte der Tag heran, an dem der Kapitän allein seinem Schiffe gegenüberstand. Weit entfernt davon, die Situation tragisch zu nehmen, schien er sie vielmehr zu feiern. Er trank den ganzen Tag hindurch Champagner mit einer schönen Bäckerfrau, und als des Abends wutschnaubend ihr Gatte an Bord erschien, verwies der Kapitän, stolz auf die belgische Flagge zeigend, ihn aus diesem ausländischen Territorium, zumal da er ohne Visum war. Wie sich der Bäckermeister rächte, ist, wie so viele Seemannsgeschichten, einfach nicht wiederzugeben. Schon drohten diplomatische Verwicklungen; da geschah das Unerhörte. Der Kapitän des Ausreisserschiffes war plötzlich selber ausgerückt. Das Schiff lag nun allein und verlassen an der Pier. Doch dauerte es nicht lange, da drückte sich auch das Schiff. Die "Hellen brothers" war verkauft worden, hiess es. Wieso und an wen, das wollte die Gesellschaft gern vom Kapitän erfahren. Aber der war nicht mehr zu finden.

Anstelle der "Hellen brothers" rückte ein heruntergekommener australischer Dreimaster, die "Southern Cross", an unsre Seite. Dieses "Kreuz des Südens" war kein Schiff, von dem die Seeleute wegliefen. Es heuerten im Gegenteil allerhand seeuntüchtige Landratten für sogut wie nichts an, um eine Passage herauszuschinden. Schuster, Schneider, Schafscherer, Bartstutzer - auch ich und zwei Matrosen des "Scottish clans" installierten sich an Bord

dieses Schiffes, um auf diese billige Weise Neuseeland zu erreichen. Der Kapitän der "Southern Cross", Old Jimmy, war ein Unikum an Verwahrlosung, ebenso wie das Schiff, auf dem er fuhr. Doch diesmal liess der schlumpige Kerl für die Neuseelandfahrt seinen alten Kasten renovieren. Das "Kreuz des Südens" erglänzte nach und nach in den schönen Farben des norwegischen Schiffes, von dem wir ausgepickt waren, und von dem unserm neuen Kapitän andere auspickende Matrosen, um sich für ihren festgenagelten Lohn schadlos zu halten, Oelfarbendosen für ein Spottgeld verkauft hatten. Während der Norweger halb angestrichen aus Melbourne ausfahren musste, stachen wir stolz und schmuck in See, dass man nur so staunte.

Als wir aufs offene Meer kamen, begann die lange, schmale "Southern Cross" immer heftiger zu schlingern, sodass mit Ausnahme von uns drei Ueberläufern die ganze zusammengewürfelte Bande seekrank wurde. Old Jimmy hatte sowieso seine liebe Mühe, die Landratten in die von den wackeligen Rahen schon böse eingekerbten Masten zu kriegen. Ein Bergmann war willens, in alle Tiefen zu steigen, aber durch nichts zu bewegen, die Höhen zu erklimmen. Doch der Kapitän wäre mit dem Teufel selbst gefahren; in ungeschnürten Stiefeln, seine grauhaarige Brust in einen speckigen Mantel gehüllt, blinzelte er mit dem einen Auge, das ihm noch verblieben war, in die erbärmliche Takelage und schwor mit seiner krächzenden Brantweinstimme, er werde aus seinem alten Kasten noch ein "bloody training ship" - ein Schulschiff - machen.

Das "Schulschiff" erreichte Wellington, trotzdem ein angeheerter Kunstreiter lange auf einem falschen Kurs gelegen hatte und in einem Sturm die an Bord herumschwimmenden gordischen Knoten der Taue von den Brassens und Fällern durchgehackt werden mussten, wodurch ein herabsausendes Segel dem Kapitän die Rede verschlug und seine Schnapsnase demolierte.

Später freilich muss das "Kreuz des Südens" doch irgendwie ein schlimmes Ende genommen haben. Ich sehe schon in einer mir zugeschickten australischen Zeitschrift Old Jimmy als Temperenzapostel abgebildet. Das ist ein undankbarer Beruf in Australien. Ich bin eher geneigt, zu glauben, dass Jimmy nur als "Brauerschreck" bezahlt wird, um die Bierpreise zu drücken, und dass er das Leben noch immer so leicht und gemütlich nimmt, wie es da unten im allgemeinen Sitte ist.

Heinrich Hemmer.

Reise durch Sowjetrussland.^x

SPD. Nach vielen Scherereien hatte unsre kleine Gruppe die Genehmigung erhalten, auf der Heimreise aus Transkaukasien Sowjetrussland passieren zu dürfen. Eine Nachtfahrt mit dem Motorboot übers Schwarze Meer brachte uns aus dem östlichsten Zipfel der Türkei über die Grenze nach Batum. Frühmorgens fahren wir im Hafen der Petroleumstadt ein. Ein italienischer und ein amerikanischer Dampfer liegen am Ende der Rohrleitungen, die von den Quellen in Baku bis hierher gelegt sind, vor Anker, um ihren Bauch mit Naphta zu rüllen. Auch auf den vielen türkischen Feluggen (Segelbooten) sind die viereckigen Kanister der staatlichen Naphtagesellschaft aufgetürmt, die wir selbst noch in den entlegensten Orten des Transkaukasus in Benutzung gesehen hatten. Oel ist die Seele dieser Stadt. Oelig sind die Schiffe, oelig ist das Meer, und ölig sind die engen Gassen.

Lange müssen wir am Kai auf unsre Abfertigung warten. Am Wachturm steht ein Soldat der Roten Armee und liest. Scheinbar ganz uninteressiert schaut er manchmal über die Seiten zu uns herüber. Vor uns pendelt eine Reihe kleiner, graugestrichener Küstenboote im Wasser. Maschinengewehr und Scheinwerfer schauen uns reindlich an. Endlich kommen ein Arzt in Zivil und der Mann mit der grünen Mütze von der politischen Polizei. Die Quarantäne hat uns freigegeben.

Nun können wir nach der Landungshalle fahren. Pass- und Zollkontrolle in staubigen Büros. Nicht mehr und nicht weniger freundlich als an anderen Grenzstationen. In der Ecke eine schlechte Photographie von Lenin, über dem Pulte des kontrollierenden Beamten in machtvoller Grösse Stalin. Unsre Photoapparate, Ferngläser und sonstigen Instrumente werden in den Pässen genau vermerkt, damit wir sie nicht in Russland verkaufen können. Rucksäcke und Proviantkisten werden durchsucht. Da wir jedoch nur die notwendigsten Ausrüstungsgegenstände mit uns führen, ist alles in Ordnung. Dann geht es weiter: Wieviel Geld haben Sie? Sie wissen, dass Sie keine Rubel mit über die Grenze bringen dürfen." Unser Leiter legt den Barbestand der Gruppe vor. Die verschiedenen Sorten deutsches Geld, türkische Pfunde und Dollaranweisungen auf die russische Gosbank werden wieder genau eingetragen. Dem Sowjetbeamten erscheint es etwas wenig für verwöhnte Westeuropäer, und er macht nochmals darauf aufmerksam, dass das Schmuggeln von Rubeln schwer bestraft wird.

Die nächste Enttäuschung erlebt der brave Sowjetfunktionär mit uns, als wir es ablehnen, im grössten Hotel der Stadt für 10 Rubel zu übernachten, sondern ein Lager in der Excursionsbasis verlangen - einer Art Jugendherberge, aber für alle wandernden Arbeiter bestimmt. Das wird uns verweigert. Ob wir den Zustand dieser Schlafstätten nicht sehen sollen, oder ob man immer noch hofft, uns genau so wie die durchreisenden Amerikaner schröpfen zu können, weiss ich nicht. Jedenfalls haben wir daraufhin unser Gepäck auf einen Karren geladen und sind unter den staunenden Blicken der Arbeiter, Soldaten und zahlreichen Kurgäste an den Strand gezogen, um dort unser Zeltlager aufzuschlagen. Unter einem riesigen Baume finden wir zwischen den Steinfelder am Meere einen einigermassen weichen Platz. Unser Aufzug hat eine Menge Neugieriger herangelockt, und bald müssen wir unsre Gletscherseile um das Lager spannen, damit uns die halbwüchsigen Kinder nicht noch in die Zelte nachgekrochen kommen. Viel rücksichtsvoller sind auch die Erwachsenen nicht. Man darf noch so deutlich zu erkennen geben, dass man keine Zeit hat, überall wird man angehalten und ausgefragt. "Woher kommt Ihr, Genossen? Was wollt Ihr in Sowjetrussland? Seid Ihr Mitglieder der Kommunistischen Partei?" Das sind fast regelmässig die ersten Fragen. Dann geht die Unterhaltung weiter über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Deutschland. Sie wurde von unseren russisch sprechenden Reiseteilnehmern meist bald abgebrochen, sobald sie über das rein Informatorische hinausgeht. Aus allem aber spricht der Heisshunger nach direkten Nachrichten aus der übrigen Welt. Man scheint also dem offiziellen Schneewittchen-Zeitungsspiegel doch nicht ganz zu trauen.

Grosses Erstaunen zeigte sich immer, wenn wir erzählten, dass bei uns zwar eine grosse Notzeit ist, aber Nahrungsmittel, Kleider und Schuhe nicht rationiert sind. Einer deutsch sprechenden Frau am Strande schenkten wir einen Laib Weissbrot und etwas Butter, die wir aus der Türkei mitgebracht hatten. Sie nahm beides nach anfänglicher Weigerung unter vielen Dankesworten mit leuchtenden Augen an. "Wir können uns keine Butter für 8 Rubel (16 Mark) das Pfund kaufen, und weisses Brot kennen wir nur noch vom Hörensagen", ist ihre müde Antwort. Doch sie will uns unbedingt eine Gegengabe machen und bringt uns aus ihrem Vorratskorb eine Flasche heisses, scheusslich schmeckendes Bier, von dem jeder von uns zum Glück nur einen kleinen Schluck erhält.

Die Strandpromenaden und die berühmten botanischen Gärten am Ufer mit ihren zahlreichen subtropischen Gewächsen sind gepflegt und sehr sauber, trotzdem nirgends ein Wärter zu sehen ist. Früher war dieser schöne Uferweg für die Leute aus dem Volke gesperrt und nur den bevorzugten Kreisen zugänglich. Arbeiter, die sich hereinwagten, wurden mit der Knute herausgetrieben. Jetzt sind die Anlagen gefüllt mit ausruhenden Menschen. Durch die Aufhebung des Sonntags und die Einschaltung eines Ruhetages nach fünf Arbeitstagen gibt es in Russland immer so manche Menschen, die nichts zu tun haben. Daneben sind hier im Süden viele Delegierte aus den grossen Städten zur Kur. Es ist ein buntes, in seiner Gegensätzlichkeit bestrickendes Bild, das sich hier am Meere bietet. Rotgardisten und Milizleute in ihren Uniformen, Kommissäre in den allgemein

getragenen weissen Kitteln und der runden Tellermütze, junge Mädels in kurzen, weit ausgeschnittenen Kleidern, bald mehr nur ein Badeanzug, gepudert und die Lippen dick geschminkt - das alles wirbelt wild durcheinander und bildet einen schroffen Gegensatz zu dem völlig unberührten Bilde des Morgenlandes, das wir noch gestern in den Bergen Türkisch-Kleinasiens gesehen hatten.

Reste der alten Zeit und des Mohammedanismus sind auch heute noch hier: zwischen Sowjetämtern und Genossenschaftsläden ragt ein schlankes, weisses Minarett, und im Zentrum der Stadt leben noch die Reste des Bazars, wo die Bäuerinnen aus der Umgegend im Schwarzhandel ein paar erübrigte Eier und Brot ohne Karten zu unerschwinglichen Preisen verkaufen. Zwischen Bubiköpfen und kurzen Kleidern taucht auch hier nochmal eine verschleierte Frau mit langen Umhängtüchern auf, dazwischen grosse Kaukasier in schwarzen Russenkitteln und bunten Gürteln, Armenier, Georgier, ja, sogar Türkmener aus dem Innern Asiens. Batum ist Grenz- und Mischstadt, nicht nur zwischen zwei Ländern, sondern zwischen Europa und dem Orient. Hier scheiden und treffen sich abendländische Zivilisation und orientalische Glaubenswelt.

Karl Möller.

Adalbert von Chamisso.^x

(Zum 150. Geburtstag des Dichters am 30. Januar.)

SPD. Wir besitzen von Chamisso zwei Beschreibungen, die mit seinem Äusseren auch sein Wesen ungemein lebendig und anschaulich festhalten. Der Naturforscher Schlechtendal, mit dem Chamisso als recht alter Knabe von einigen dreissig Jahren Botanik studierte, und mit dem er später als Adjutant am Berliner Botanischen Garten ständig zusammenarbeitete, schildert ihn um 1812 folgendermassen: "Eine alte schwarze Kurtka (verschnürter polnischer Rock. D.Red.) und eine nicht minder alte verschossene und fleckige Sommerkleidung, bestehend aus runder Jacke und langen Beinkleidern aus demselben olivenfarbigen Zeug, später noch das Staatskleid eines Südseehäuptlings, eine schwarze Mütze von Sammet oder Tuch auf dem lockigen Haupt, eine mächtige grüne Kapsel an ledernem Riemen umgehängt, eine kurze Pfeife im Munde, einige Lebensmittel aus den kleinen Seitentaschen der Jacke hervorschiehend, das war der Aufzug, in welchem er auszog und abends, durch Staub und Schweiss nicht verschönert, oft noch ein kräutergefülltes Taschentuch in der Hand, den geputzten Scharen der Berliner Sonntagswelt entgegentrat und uns gutmütig neckte, wenn wir nicht mit ihm den geraden Weg durch die Stadt ziehen wollten, sondern Umwege und Seitenstrassen wählten, um unbemerkter nach Hause zu gelangen." Und von dem längst in Amt und Würden Stehenden, glücklich Verheirateten berichtet 1823 die Hofrätin Hertz: "Eines Tages tritt der Bediente ein und überreicht mir eilfertig und ängstlich eine Karte, auf welcher die Worte stehen: "Ein Wilder von den Sandwichsinseln." "Ein Wilder?" fragte ich erstaunt. "Ja, wild genug sieht er aus," antwortete scheu der Bediente. Ich trat sehr gespannt in das Vorzimmer. Ein Mann mit lang herabhängendem Haar, unrasiert, in einem grünen Kalmuck-Flausch, die Botanisierertrommel über die eine Schulter, über die andere einen Kasten gehängt, welcher ein Barometer enthielt, so stand Chamisso vor mir."

Man glaubt ohne weiteres, dass der Mann, der so aussah, ein romantischer Dichter war und zu der gleichen Zeit lebte, in der Eichendorffs "Taugenichts" leibhaftig durch die deutschen Lande wanderte. Man traut ihm auch gut und gern eine Unzahl Scherzgedichte und Scherzerzählungen von der Art des "Rechten Barbiers", des "Bösen Markts", von "Hans im Glücke" und "Peter Schlemihl" zu. Und man versteht, dass er das Herz auf dem rechten Fleck hatte und gegen die einfachsten Wesen gütig, gegen die mächtigsten erquickend grob sein konnte, wes zum Zeugen die Gedichte "Die alte waschfrau", "Der Bettler und sein Hund", "Der Invalid im Irrenhaus" und "Das Nachtwächterlied" dastehen mit

der prächtigen Strophe :

Hört, ihr Herrn, so soll es werden:
Gott im Himmel, wir auf Erden,
Und der König absolut,
Wenn er unsern Willen tut.
Lobt die Jesuiten!

Man wundert sich schliesslich nicht, dass Chamisso im Eifer des Botanisierens und Naturforschens eine Reise um die Welt machte (1815 bis 1818), und dass er dabei alles, was ihm in den Weg lief, und was er in seinem Tagebuch aufzeichnete, mit besonders hellen, wirklichkeitsfrohen Augen ansah. Nur eines will uns auf den ersten Blick nicht in den Kopf: dass dieser natürliche, um äussere Formen so unbekümmerte Mensch eigentlich Louis Charles Adelaide de Chamisso hiess, dass er einem der ältesten und vornehmsten Grafengeschlechter der Champagne entstammte und erst als Neunjähriger mit seinen Eltern nach Deutschland kam (1790), als just die reaktionärsten französischen Aristokraten vor der grossen Revolution ins Ausland flüchteten, um hier den Krieg der vereinigten alten Gewalten gegen das neue Frankreich zu betreiben. Und doch liefert uns gerade diese Tatsache den Schlüssel zu allem übrigen, denn dank ihr wurde schon der junge, eindrucksfähige Knabe ein Entwurzelter. Er kannte nicht jenen Boden der Klasse, der sich sonst fest, nährend und hemmend um jeden ihr Zugehörigen schliesst; ihm zersplitterte sich früh der Begriff "Heimat" und "Vaterland", so dass er im Herzen nicht recht wusste, ob er nach Frankreich oder nach Preussen gehöre. Als Mitglied des Berliner Pagenkorps wurde er jung aus dem natürlichen und innigen Familienzusammenhange gerissen, und der Militärdienst, dem er damit anheimfiel (1798 bis 1806), ward ihm bald zur schweren, kaum erträglichen Last.

Solche Menschen, denen die Brücken nach rückwärts, zum Ueberlieferten und Ererbten zerstört sind, werden oft die wahren Eroberer des Lebens, weil sie sich die Bausteine neu zusammentragen und den ganzen Bau selber aufrichten müssen. Sie sehen die Welt mit eigenen Augen und messen sie mit ihrem eigenen Mass. So auch Chamisso: er fand noch als reifer Mann die Kraft, sich zum Studium und zum wissenschaftlichen Beruf durchzuarbeiten (seit 1812), er errang sich im heissen Kampfe mit der spät erlernten deutschen Sprache den Zugang zu deutschem Dichtertum; und er liess sich, wenn er auch in die übermächtige Bewegung der deutschen Romantik hineingeriet, nicht von ihr unterkriegen, sondern zwang ihr seine Züge, seine Wesensart auf. Sein "Peter Schlemihl" (1813), dieses Juwel einer heiter-tiefsinnigen, anmutigen und graziösen Erzählungskunst, ist nicht so erdentrückt und willkürlich wie die meisten Märchen der Romantiker, sondern drückt das Leid des Entwurzelten und Überwindenden mit greifbarer Anschaulichkeit aus. Sein (später von Schumann so herrlich vertonter) Gedichtkranz "Frauen Liebe und Leben" (1830) gilt, fern jeder romantischen Verstiegenheit, der Frau des bürgerlichen Alltags. Seine Verserzählung "Salas y Gomez" (1829) ist von jener Wirklichkeit ferner Meere und gigantischer Einsamkeiten erfüllt, die der Weltumsegler selbst unmittelbar kennen gelernt hatte. Und aus der "Tragischen Geschichte" vom Zopf, der trotz alles Drehens und Wendens "hinten hängt", aus den Nachdichtungen Béranger's und vielen anderen Strophen spricht, aller romantischen Reaktion zum Trotz, kühn und laut der aufrechte Demokrat, der sich selbst in "Josua" also beschrieben hat:

Sie beten und schimpfen und schöpfen
In Säcke das Sonnenlicht,
Es tief in das Meer zu versenken - -
Den Tag verdunkeln sie nicht.

Lasst dieses nicht Euch kümmern,
Die Welt ist kugelrund
Und rollt von Westen nach Osten
Beständig zu aller Stund'.

Und der dies Lied Euch gesungen,
Hat auch die Welt sich beschaut;
Er hat bei den Wilden gehauset
Und sich mit ihnen erbaut.

Ein halber Wilder, ein ganzer Edelmann, ein Mensch eigenen Formates und eigener Prägung, so gewinnt Chamisso noch immer unser Herz, wenn wir uns in einer Stunde der Musse dem zu unrecht fast Vergessenen wieder zuwenden.

Dr. Alfred Kleinberg.

Lohnt es sich, schreiben zu können?...x

SPD. Der berühmte französische Humorist Tristan Bernard erzählte kürzlich in einer Künstlergesellschaft folgende erbauliche Geschichte :

Es geschah vor Jahrzehnten: In einem kleinen Provinznest besuchte ein junger Mann den Rabbiner und bat ihn um eine Anstellung.

"Du kommt zu rechter Zeit," sagte der Rabbiner. "Ich brauche gerade einen neuen Tempeldiener, da der alte mich im Stich gelassen hat. Du könntest seinen Posten übernehmen. Hast Du Lust dazu? Viel brauchst Du dabei nicht zu tun. Lediglich darauf musst Du achten, dass jeder Gläubige seinen eigenen gepachteten Platz einnimmt. Wer keinen eigenen Platz hat, den musst du entfernen."

"Na, das ist wirklich nicht schwer," antwortete erfreut der junge Mann.

"Wöchentlich einmal muss ich aber verreisen," ergänzte der Rabbiner.

"Sollte ich in dieser Zeit Einschreibebriefe bekommen, so musst Du sie annehmen und den Empfang bestätigen."

"Wieso?" schreckte der junge Mann auf. "Muss ich dann etwa den Empfangs-schein unterschreiben?"

"Ja, selbstverständlich."

"Das ist aber eine schlimme Sache," erwiderte der junge Mann traurig, - "denn denn ich kann ja nicht schreiben."

"Das ist wirklich schade," gab der Rabbiner zurück. "Ich brauche einen Tempeldiener, der auch schreiben kann, da ich es mir nicht leisten kann, ausser ihm auch noch einen Sekretär zu halten."

Gesenkten Hauptes, hoffnungslos entfernte sich der junge Mann aus der Wohnung des Rabbiners. Als er so traurig auf der Strasse einhertrottete, begegnete ihm ein Bekannter, der nach Südamerika fahren sollte, doch wegen Familienereignissen nicht abreisen konnte. "Willst Du nicht nach Montevideo fahren?" fragte ihn der Bekannte. "Ich schenke Dir gern meine Fahrkarte."

So reiste der junge Mann nach Südamerika. Kaum war er dort angekommen, so bekam er auch schon eine Anstellung in einer Fabrik. Nach einem Jahre kaufte er die Fabrik auf und in der Folgezeit noch einige dazu. Nach 10 Jahren war er einer der reichsten Menschen in Uruguay geworden.

Eines Tages gab die Regierung von Uruguay ihm zu Ehren, seiner Verdienste um die Volkswirtschaft wegen, ein Festmahl, zu dem sämtliche Mitglieder der Regierung, die höchsten Spitzen der Behörden und die Prominenz der Stadt und Gesellschaft erschienen. Eine Abordnung überreichte ihm ein Prachtalbum und bat ihn, seinen Namen auf der ersten Seite einzutragen.

"Meine Herren," wendete der Gefeierte ein, "es tut mir ausserordentlich leid, Ihrem Wunsche nicht nachkommen zu können. Ich kann leider nicht schreiben."

"Wie, Sie können nicht schreiben?" wunderte sich der Finanzminister.

"Können Sie denn nicht einmal Ihren Namen schreiben?" erkundigte sich der Präsident der Ehrendelagation.

"Nein, meine Herren," gestand unverhohlen der Gefeierte, "nicht einmal meinen Namen kann ich schreiben."

Da erhob sich der Finanzminister, um, das Glas in der Hand, eine feurige Rede auf den gefeierten Mann zu halten.

"... Und zum Schluss," beendete der Finanzminister seine schwungvolle Ansprache, "möchte ich meiner Bewunderung darüber Ausdruck geben, dass Sie, verehrtester Freund, der nicht einmal schreiben, ja, der nicht einmal seinen eigenen Namen schreiben kann, diesen Gipfel des Erfolges und Ruhmes erklimmen haben. Was wäre aus Ihnen erst geworden, wenn Sie auch noch schreiben könnten!"

Da erhob sich langsam der Gefeierte und warf leise und bescheiden ein: "Soll ich Ihnen sagen, meine Herren, was ich geworden wäre? - - Tempeldiener."

-osi.

Der Schatz Jwans des Schrecklichen.^x

SPD. Seit einigen Jahren hat sich eine russische Gelehrtenkommission bemüht, die Kostbarkeiten des Zaren Iwan des Schrecklichen zu finden, die nach seinem Tode spurlos verschwunden waren. U.a. hatte der Zar eine kostbare Bibliothek besessen, in der - wie manche Chronisten berichten - ein vollständiges Exemplar der Werke des römischen Historikers Titus Livius enthalten gewesen sein soll. Man hat die Vermutung ausgesprochen, dass die Bibliothek auf Anordnung des Zaren unterhalb des Moskauer Kreml eingemauert worden sei. Die Nachforschungen in dieser Richtung sind durch den Umstand sehr erschwert, dass der Kreml gegenwärtig der Sitz der Sowjetregierung ist.

In diesen Tagen hat man nun einen Teil der Kostbarkeiten Iwans an einer Stelle gefunden, an der sie garnicht vermutet wurden. An der Grenze zwischen Russland und Estland, aber schon auf dem estnischen Territorium, liegt ein uraltes russisches Kloster Petschora, das von der estnischen Regierung übernommen wurde. Bei der Aufnahme des Vermögens entdeckte man in der Schatzkammer des Klosters zahlreiche Gegenstände, die sich bei näherer Betrachtung als Teile des Nachlasses des Zaren Iwan des Schrecklichen herausstellten. Während seiner Jahrzehnte langen Feldzüge gegen den Deutschen Orden (1560 bis 1584) hat Iwan sich in diesem Kloster aufgehalten. Seine täglichen Gebrauchsgegenstände hat er anscheinend dort gelassen, als er nach Moskau zurückkehrte, wo er kurz darauf, noch im Jahre 1584, starb. Seit jener Zeit sind sie von den Mönchen pietätvoll aufbewahrt worden. Man fand silberne und goldene Trinkbecher, die Geldbörse des Zaren, Messer und Gabel und eine Trompete oder ein Posthorn, das geblasen wurde, wenn der Zar sich näherte, Ausser den Sachen des Zaren fand man noch einige Gegenstände, die der Zarin Anastasia Romanowna, der Gemahlin Iwans, der ersten russischen Herrscherin aus der Familie der Romanows, gehört haben: einen kostbaren Teppich, einen Siegelring und ein Paar Ohrringe. Nur einem Zufall ist es zu verdanken, dass die estnische Regierung eine Bestandsaufnahme verlangt hat. Es wurde nämlich vermutet, dass im Kloster staatsfeindliche Elemente ein Asyl gefunden hätten und vom Kloster unterstützt würden.

Vielleicht hat man auch die Bibliothek im Kreml umsonst gesucht: Iwan der Schreckliche war schlau und verstand es, für seine Kostbarkeiten sichere Aufbewahrungsorte zu finden, - Orte, die von unseren Geschichtsforschern jedenfalls, wie der zufällige Fund im Kloster Petschora beweist, nicht so leicht gefunden werden können.

W.L.

SPD. Das kleinere Uebel.^x "Sie machen keine besonders gute Musik mit dem Ding da!" sagte der alte Mann und deutete auf das Saxophon.

"Weiss ich, aber ich übertöne damit einen ganzen Haufen noch schlechterer Musik," erwiderte der Jazzmusiker.

Justiz im Dschungel.^x

SPD. Die Gerichtsbarkeit in Indien wird von englischen Justizbeamten ausgeübt. Manchmal scheinen sie sich ihre Sache recht leicht zu machen. War da zu Merwara ein Amtsrichter, der zur Schlichtung von Streitigkeiten unter den Eingeborenen ein eigenartiges Rezept anwandte.

Des Morgens liess er die Parteien im Gerichtshaus aufmarschieren und vom Gerichtsdienner so aufstellen, dass immer dem jeweiligen Kläger der Beklagte gegenüberstand. Dann erschien er selber punkt acht Uhr in seinem Pyjama, verbeugte sich vor den Parteien und begann die Verhandlung mit den Worten: "Meine Herrschaften, ich werde jetzt ins Bad steigen. Wenn ich wiederkomme, hoffe ich Ihre Streitigkeiten in Güte beigelegt zu sehen."

Mit einer Verbeugung entfernte er sich und kam nach einer Stunde wieder. Die Hälfte der Fälle pflegte in der Regel durch gegenseitige Absprache erledigt zu sein. Der Richter rieb sich die Hände und erklärte: "So, meine Herrschaften, nun gehe ich frühstücken. Hoffentlich sind auch die restlichen Fälle gütlich erledigt, bis ich wiederkomme!" Eine erneute Verbeugung, und der Engländer verschwand abermals.

Bei seiner Rückkunft stand die Sonne schon hoch am Himmel. Wieder war ein Teil der Streitigkeiten inzwischen beigelegt worden. Aber immer verblieben einige besonders hartnäckige Prozessgegner. Zu diesen pflegte der Richter zu sagen: "Ich sehe schon, in diesem dumpfen Gerichtssaal könnt ihr euch unmöglich einigen. Geht also in die frische Luft und setzt euch aufs Dach!" Und mit scharfer Stimme gab er dem Gerichtsdienner die Anweisung: "Es darf kein Wasser aufs Dach gebracht werden!" Nach einer Stunde kletterte er selbst die Treppe zum Dache hinauf, wo die Gegner sich in der brütenden Sonnenhitze sämtlich zu gütlichen Vergleichen bereit gefunden hatten. Der Engländer drückte dann jedem Einzelnen die Hand und erklärte ihnen, dass er sich über ihren weisen Entschluss genau so freue wie sie selber.

Als ihm einmal ein Kollege Vorhaltungen wegen dieser absonderlichen Amtsführung machte, erwiderte der Musterrichter seelenruhig: "Je nun, die Parteien kennen doch die wahren Ursachen ihrer Verfeindung viel besser, als ich sie nach menschlichem Ermessen jemals erfahren werde." K.W.

SPD. Abweichung des Planeten Eros.^x Die bisher angestellten Beobachtungen des kleinen Planeten Eros haben die überraschende Tatsache ergeben, dass der Planet von seiner Bahn abweicht. Auch wenn diese Abweichung nur einen halben Mondscheibendurchmesser beträgt, so will das doch viel heissen; denn Professor Witt hat bei seinen ausserordentlich sorgfältigen Berechnungen der Erosbahn alle Störungen und Beeinflussungen der grossen Planeten aufs genaueste berücksichtigt. Es müssen also noch ungeklärte Störungsursachen eine Rolle spielen. Professor Stracke vom Astronomischen Recheninstitut in Berlin hat nun erneut die Bahn des Eros berechnet. Erst die praktische Beobachtung wird aber in nächster Zeit erweisen können, ob bei dieser neuen Berechnung wirklich alle Störungsquellen gefunden und berücksichtigt worden sind. Die Lichtschwankung des Eros ist ja nicht weiter verwunderlich, da er als "Weltsplitter", als unregelmässiger Körper, bekannt ist und das Sonnenlicht deshalb verschieden reflektiert. Hoffentlich wird er bei seiner weiteren Annäherung an die Erde noch heller, als er es gegenwärtig ist, damit auch Sternfreunde mit kleinen Fernrohren ihn im Januar und Februar 1931 als Wandelstern in den Sternbildern "Kleiner Löwe", "Grosser Löwe", "Hydra" und "Sextant" beobachten können!